

# AIB

Sonderheft 2/86

2 DM

## Philippinen



Jean-Pol.

# Wende unter Aquino?



## Inhalt

<i>Wolfram Bröner</i> Was gehen uns die Philippinen an?	II
<i>Rainer Werning</i> Von Marcos zu Aquino	III
Philippinen-Daten	IV
Politische Gruppierungen	VII
Das Kabinett Aquino	VIII
<i>Reinhard Naumann</i> Die Befreiungsbewegung. Einhalt in der Vielfalt	X
Programm der Nationalen Demokratischen Front (NDF)	XII
Interview mit NDF-Führer Horacio „Boy“ Morales zur Neuorientierung der Linken	XVIII
<i>Rainer Werning</i> Aufstandsbekämpfung mit Tradition	XIX
Operationsplan Stabilität	XX
<i>Nico Biver</i> Die US-Basen: Vorposten für die Intervention	XXIII
<i>Nyandí Boukari</i> Scheitern eines Modells	XXV
<i>Material- und Aktionsspiegel:</i> Bücher, Solidaritätsbewegung, Hilfsprojekt	XXVII

## Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

**Anschrift** von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 0 64 21/2 46 72

**Redaktion:** Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diedrichs, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Költer, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

**Weitere Mitarbeiter:** R. Naumann, I. Rein, R. Werning

**Konten:** AIB-Weltkreis-Verlag, Postgiro Frankfurt/M., Konto-Nr. 312 093-607, oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

**Verlag:** WeltkreisVerlags GmbH, Dortmund

**Druck:** Plambeck & Co., Neuss

**Jahresabonnent:** Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto), Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto), Förderabos 50 DM oder mehr. Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

**Preis** der Sonderhefte/Nebenblätter 2,- DM. Bei Abnahme von 10 oder mehr Exemplaren gewähren wir 33% Ermäßigung.

**Redaktionsschluss:** 11. April 1986

**Anzeigen:** Sandler, Rohwohlt Verlag, medico international, Forum

**Fotonachweis:**

R. Werning, Kommentar, Inside Asia, Konkret, AIB-Archiv

## Was gehen uns die Philippinen an?



Als CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl Ende Februar d.J. der eben neuinstallierten Regierung Aquino „zum Sieg der Demokratie“ gratulierte, muß er bei dieser und der philippinischen Volksbewegung einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen haben. Denn in kaum einer anderen westlichen Hauptstadt hatte man so ausdauernd wie in Bonn der Marcos-Diktatur die Stange gehalten. Zu einem Zeitpunkt, da selbst Reagans State Department (Außenministerium) zum diskreditierten Marcos-Clan auf Distanz gegangen war und auf eine demokratische Öffnung drängte, hatte sich Entwicklungsminister Jürgen Warnke (CSU) bei einem offiziellen Philippinen-Besuch im Oktober 1985 als Rücken-decker profiliert.

„Teil meiner Mission ist“, so Warnke in Manila, „herauszufinden, wie nützlich wir uns in der Stabilisierung ihres Programms zur Erholung der Wirtschaft machen können.“

Während die westliche Welt die Krisenlage des Insellandes auf Marcos' Vetternwirtschaft, Selbstbereicherung und fehlende Bereitschaft zu Reformen zurückführte, bescheinigte der Bonner Minister den Gastgebern, daß notwendige strukturelle Reformen im Gang seien. Diese schufen für Entwicklungsprojekte wieder günstigere Bedingungen.

Warnke hatte auch allen Grund, sich in Manila Rechtfertigungen zurechtzubiegen. In den Entwicklungshilfevergaben an die Philippinen rangiert die BRD mit 700 Mio DM (1964-86) hinter Japan und den USA auf Platz 3. Im Unterschied zur EG, die 1983 ihre Entwicklungshilfe stoppte, hatte die Regierung Kohl 1984 den Philippinen 68 Mio für Projekthilfe zugesagt und einen Warenkredit von 30 Mio DM für bundesdeutsche Philippinen-Geschäfte bereitgestellt.

Bei seiner Manila-Visite unterzeichnete Warnke eine Umschuldungsvereinbarung über 6 Mio DM und ein Kapitalhilfeabkommen über 25 Mio DM, womit das Bonner Hilfspaket für 1986 auf 37,5 Mio DM answoll.

Dem Bonner Weltbankgouverneur Warnke lagen Sonderhilfen gerade für das asiatische Schuldnerland Nr. 1 (26,5 Mrd Dollar!) umso mehr am Herzen, weil Marcos seinen Plädoyers für eine Privatisierung der Entwicklungshilfe und für vermehrte Auslandsinvestitionen beipflichtete.

Im übrigen machte der Entwicklungsminister kein Hehl aus seiner Vorliebe für jene fernöstlichen Diktaturen, die sich gleichermaßen durch einen militanten Antikommunismus, durch die rigide Unterdrückung von Gewerkschaften und Linkskräften, durch Großzügigkeit gegenüber den Multis und eine bereitwillige Einfügung in die Militärstrategie der Westmächte auszeichneten: die Philippinen der Marcos-Ära, Taiwan und Südkorea.

Als Beweggrund hinzu kommt der pazifische Wettlauf der imperialistischen Zentren um die Markt- und Investitionsanteile, wobei die Westeuropäer bzw. die BRD viel Boden gutzumachen haben. Auf den Philippinen etwa teilen sich die US-amerikanischen und japanischen Konzerne alleine 80% aller Fremdinvestitionen und 60% des Außenhandels.

## Die zweite Erstschlagsfront

Schon hat der pazifisch-asiatische Raum eingangs der 80er Jahre den Atlantik als weltwirtschaftliche Schwerpunktregion überholt, was sich in ihren Anteilen von 36% bzw. 32% am Weltsozialprodukt (1960 entfielen auf den Atlantik noch nahezu 50%) widerspiegelt. Die Bonner Spitzenpolitiker versuchen dieser Aufwertung des Fernen Ostens durch eine in den letzten Jahren regere Reisediplomatie Rechnung zu tragen.

Die Westmächte registrieren ferner nur zu gut, daß vom Knotenpunkt Philippinen aus ein Großteil des Asienhandels, der das Nadelöhr Straße von Malakka passieren muß, und die militärstrategischen Verbindungslinien zwischen Indischem Ozean und Nordwestpazifik zu kontrollieren sind.

Seit die Reagan-Administration daranging, den Nordwestpazifik im Rahmen ihrer atomaren Erstschlagsstrategie zur zweiten Aufmarschbasis neben Westeuropa auszubauen (siehe AIB 6/1984 ff.), ist der Stellenwert der US-Stützpunkte auf den Philippinen eher gewachsen.

Subic Bay, größte Marinebasis außerhalb der USA und wichtigster Anlaufhafen der 7. US-Flotte, und dem riesigen Luftwaffenstützpunkt Clark Air Base sind wichtige Funktionen in der Interven-



tions- und vor allem der Atomkriegsplanung des Pentagon zgedacht.

Eier lagern bereits jetzt Atomwaffen, die auf Marineflugzeugen zur U-Boot-Bekämpfung oder zur Neubestückung von Kriegsschiffen der 7. Flotte gedacht sind. Routinemäßigen Zugang zu Subic Bay haben auch mit seegestützten Cruise Missiles ausgestattete US-Kriegsschiffe erhalten. Die Clark Air Base und andere Militäreinrichtungen schließlich wurden mit Anlagen für das C<sup>3</sup>I-System, d.h. die im atomaren Erstschlagskonzept eingebundene Feindaufklärung und Kommunikation, versehen.

Von daher erklärt sich, daß die Philippinen ähnlich wie die nordwestpazifischen Vorposten Südkorea und Japan im Konfliktfall als erste Gefahr laufen, Zielscheibe sowjetischer Gegenschläge zu werden. Wie die westeuropäischen Stationierungsländer der Erstschlagswaffen Pershing II und Cruise Missiles verwandeln sie sich so in Geiseln Washingtons.

Um dieser Gefahr zu begegnen, hat sich auf den Philippinen, in Japan und im atomaren „Hinterland“ Südpazifik eine Massenbewegung für die Entfernung der US-Militärbasen und für atomwaffenfreie Zonen herausgebildet. Sie reicht auf den philippinischen Inseln heute von der linken Nationalen Demokratischen Front bis ins bürgerliche Lager.

Nach dem Sturz der militärstrategisch verlässlichen Marcos-Diktatur grassiert daher bei den NATO-Verbündeten die Furcht, ein weiterer Radikalisierungsprozeß und Verlust der US-Basen auf den Philippinen könne die zweite Erstschlagsfront in Fernost ins Rutschen bringen.

Thomas Moorer, Admiral a.D. und vormals ranghöchster US-Offizier, hielt dem Gerede über mögliche Ausweichbasen bündig entgegen, falls man die Philippinen verlöre, müsse man sie eben zurückerobern. Verteidigungsminister Weinberger will der die Basen gefährdenden „wachsenden kommunistischen Gefahr“ durch die Verdoppelung der Militärhilfe für Manila 1986/87 und durch mehr US-Militärberater für die Guerillabekämpfung ähnlich wie in El Salvador die Stirn bieten.

Ob solcher „Schutz“ oder die von Warnke mittlerweile angepeilte Wiederaufnahme der EG-Wirtschaftshilfe für die Philippinen die „gemäßigten“ Kräfte in und außerhalb der Regierung Aquino effektiver zu stärken vermag, bleibt ungewiß. Gewiß ist hingegen, daß die philippinisch-pazifische Volks- und Friedensbewegung hierzulande eine stärkere Beachtung und Unterstützung verdient hätte.

Wolfram Bröner



Die Führungspersönlichkeiten des neuen Regimes (v.r.n.l.): Präsidentin Aquino, Vizepräsident Laurel, Generalstabschef Ramos

Rainer Werning

## Von Marcos zu Aquino

„Wir werden eine große Nation werden!“ Mit diesem Slogan hatte sich 1965 der gerade von der Liberalen (LP) zur Nationalistischen Partei (NP) übergewechselte Präsidentschaftskandidat Ferdinand E. Marcos gegen seinen Freund und plötzlichen „Widersacher“ Diosdado Macapagal erfolgreich durchgesetzt. Anfang 1966 zog Marcos offiziell als sechster Präsident der Republik der Philippinen in den Malacañang-Palast zu Manila ein.

Im Gegensatz zu sämtlichen Vorläuferregierungen zeichnete sich das Marcos-Regime durch ein klares programmatisches Bekenntnis zur Weltmarktintegration, mit der Exportorientierung als ihrem Standbein, aus.

In diesem Sinne hatte Macapagal seit 1962 Vorarbeit geleistet: Aufgrund der gescheiterten national orientierten Wirtschaftspolitik (Phase der sog. Importsubstitution) und auf Drängen der IMF (Internationaler Währungsfonds)-Weltbank-Gruppe mußte er erstmalig die Außenhandels- und Devisenbeschränkungen lockern. Die drastische Abwertung der Landeswährung, des Peso, überverteilte selbstredend ausländisches Kapital und begünstigte den Import von Fertigwaren.<sup>1</sup>

Die Marcos-Administration ging einen Schritt weiter: 1967 und 1968 wurde im damaligen Kongreß als Investitions- bzw. Exportförderungsgesetz verabschiedet. Danach blieben ausländische Unternehmen ausdrücklich gegen Verstaatlichungen geschützt und erhielten bei der Kapitalisierung einheimischer Firmen freie Hand. Manila pries diese Gesetze als Einlösung einer wahrhaft nationalistischen Politik. Faktisch, so die Gesetzesbestimmungen, konnten Ausländer gar zu 100% Kapitaleigner von Firmen sein, solange sie Filipinos innerhalb der nächsten 10 Jahre mehrheitlich die Fir-

menaktien veräußerten.

Desweiteren profitierten von der Marcos'schen Wirtschaftspolitik die Zucker- und Koprazaren, deren Ausfuhrquoten in die USA zunächst noch erhöht wurden. Der nationalen Bourgeoisie verhielß man Boomzeiten; sie sei jetzt imstande, von verstärkten Kapitalinvestitionen und Transfers moderner Technologien aus dem Ausland zu profitieren.

Die Werkstätigen und die Intelligenz wurden aufgefordert, sich aktiv an dem neuen Modell der Exportorientierung zu beteiligen. Schließlich hätten Nachbarländer wie Singapur und Südkorea überzeugend den Beweis erbracht, wie vorteilhaft die Öffnung nach außen und Einbindung in den Weltmarkt durchschlage.

Der Anschluß an das Weltniveau, so die Quintessenz dieser Entwicklungslogik, setze die Inseln auf die Gleise eines Wohlstands für alle – entsprechend dem Wegdegang der westlichen Industriestaaten.

### Aufstieg der „Zebresel“

Dieses Kredo fing anschaulich den Zeitgeist ein. Es klang nicht nur stimmig; es strahlte auch einen damals nicht zu unterschätzenden ideologischen Glanz aus. Entwicklung um jeden Preis – wer vermöchte sich dagegen anzustemmen? Mehr noch: Manila stellte mit der Gründung zentraler Planungsbehörden und den Universitäten angegliederten Wirtschafts- und Managementzentren die für den neuen Kurs benötigten Instrumente zur Verfügung.

Bestückt wurden sie mit amerikanischen Mentoren und „Zebreseln“, wie die vorwiegend in den USA ausgebildeten sog. Technokraten im Volksmund bespöttelt wurden. Womit ein Zwitter gemeint war – vom Aussehen Filipino, im Denken und Handeln aber ganz von



## Philippinen-Daten

**Fläche:** 300.000 qkm (BRD: 248.198 qkm). Das Land besteht aus 7.107 Inseln, von denen jede 8. bewohnt ist. Administrative Einteilung in 13 Regionen und 73 Provinzen. Hauptinseln sind Luzon und Mindanao.

**Bevölkerung:** 54 Mio. Ca. 70 Volksgruppen; vorwiegend jungmalaiische Filipinos (Tagalen, Visayas) und altmalaiische Gruppen (Igoroten, Illongoten). 1-2% Chinesen. Durchschnittliches Bevölkerungswachstum 1973-83: 2,7%.

**Hauptstadt:** Manila (1,6 Mio im Jahr 1980)

**Religion:** 85% römisch-katholisch, 7% sonstige Christen (vorwiegend Protestanten), 5% Moslems, 3% Animisten und Buddhisten  
**Sprachen:** Philipino ist Nationalsprache, Englisch die zweite Amtssprache, 76 verschiedene Sprachen und Dialekte

**Währung:** Philippinischer Peso (₱); 1 ₱ = 0,14 DM (Ende September 1985)

**Staatsordnung:** Seit dem 25.3.1986 gilt eine Übergangsverfassung, die die Grundrechte und Freiheiten garantiert. In der Zeit bis zur Inkraftsetzung einer neuen Verfassung, die innerhalb von maximal 150 Tagen ausgearbeitet und dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden soll, regiert Präsidentin Corazon Aquino auf dem Verordnungsweg. Das Parlament wurde aufgelöst.

**Wirtschaft und Soziales:** Die Philippinen sind ein Agrar-Industrie-Land. Das Brutto-sozialprodukt (BSP) betrug 1983 760 Dollar je Einwohner. 22% des Bruttoinlandsprodukts werden in der Landwirtschaft, 36% in der Industrie und 42% im Dienstleistungsbereich erzeugt. In der Landwirtschaft sind 46% der Erwerbstätigen beschäftigt. Hier sind Großgrundbesitz und Plantagen vorherrschend. Das Wachstum des BSP betrug 1980-84 durchschnittlich 1,1%. Unter den 1.000 größten philippinischen Unternehmen befanden sich 1981 324 ausländische, vor-

wiegend US-amerikanische Konzerne, die 52,6% des gesamten Umsatzes bestritten.

In der Industrie werden vor allem Konsumgüter hergestellt. Bodenschätze umfassen große Vorkommen an Gold, Silber, Mangan, Chrom, Eisen, Blei, Kupfer und Zink.

Wichtigste Ausfuhr Güter sind: Halbleiterprodukte (15%), Zucker (8%), Kokosnußprodukte (19%), Holz (bis 10%) und Kupfer (6%). Wichtigste Handelspartner sind die USA (25%), Japan (20%) und die EG (15%). Die Auslandsverschuldung lag 1984 bei 26,5 Mrd Dollar.

**Lebenserwartung:** 64 Jahre (1983). Säuglingssterblichkeit: 49/1000 (1983). Auf einen Arzt entfallen 7.970 Einwohner. Alphabetenrate: 25% (1980). Durchschnittliche Inflationsrate: 53,1% (1983-84). 30% der Beschäftigten waren arbeitslos oder unterbeschäftigt (1984). Der Kalorienverbrauch beträgt 1670 pro Kopf und Tag.

### Geschichte:

13000 - 10000	Einwanderung in Aeta
Ab 4000	Einwanderung der Proto-Malaien
700 - 1400	Die Inseln sind Teil von indonesisch-malaiischen Handelsreichen. Im Süden setzt sich der Islam fest
1521	Ferdinand Magellan nimmt die Inseln für Spanien in Besitz
1570-1648	Die Spanier setzen sich gegen Portugiesen und Niederländer durch
1898	Nach Aufständen gegen die Spanier wird die Republik ausgerufen. Die USA, die sich im Krieg gegen Spanien befinden, annektieren anschließend die Inseln
1901	Bewaffneter Aufstand gegen die Besatzer
1934	Gewährung einer formellen Autonomie
1941	Japanische Invasion
1942	Beginn des bewaffneten Widerstands der Hukbalahap
1946	Unabhängigkeit von den USA
1947	Stützpunktabkommen mit den USA
1949-52	Erhebung der Huk
1965	Ferdinand Marcos wird Präsident
1969	Wiederwahl von Marcos, Beginn vorwiegend studentischer Proteste
1972	Ausrufung des Kriegsrechts
1973	Gründung der Nationalen Demokratischen Front
1981	Kriegsrecht wird nominell aufgehoben
1983	Ermordung des Oppositionspolitikers Benigno Aquino. Beginn landesweiter Massenproteste gegen die Diktatur
1984	Parlamentswahlen, die von 10 Mio Filipinos boykottiert werden
1985	Proteste werden fortgesetzt. Die Linke gewinnt an Einfluß
1986	Vorgezogene Präsidentschaftswahlen, die Marcos fälschen läßt, führen zum Sturz von Marcos. Corazon Aquino wird neue Präsidentin

Uncle Sam geprägt. Diese Technokraten stellten den unverzichtbaren Kader und entwarfen wirtschaftspolitische Expertisen, welche die neue Marschrichtung wiesen.

Über ihre fachliche Kompetenz hinaus zeichnete sie ein bemerkenswertes Politikverständnis aus. Wohl als Ausfluß ihres Studienaufenthaltes an ausländischen wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Fakultäten werteten sie das „Gerangel politischer Parteien“ oder „langwieriger demokratischer Prozesse“ als „Luxus“, den sich ein Entwicklungsland erst später erlauben könne.

Politik definierte sich in ihrer Sicht allenfalls als ein Zustand, der ihnen ein widerspruchsfreies Schalten und Walten im Sinne einer zügigen Entwicklung ermöglichte. Protest, gar Widerstand war ihnen – wie Marcos – ebenso zuwider wie aufreibende (partei-)politische Querelen.

Folgerichtig wurden zur gleichen Zeit Vorkehrungen getroffen, um gegen politische Unwägbarkeiten gewappnet zu sein.

Das erklärte die Aufwertung der Armee- und Polizeieinheiten, deren „Ordnungsfunktionen“ vordem wesentlich einer Vielzahl von Privatarmeen (sog. „Monkees“) einflußreicher Großgrundbesitzer und regionaler Politgrößen überantwortet war. Bei der „Ausradierung“ der Bauernrevolten in den 40er und 50er Jahren hatten sich US-Militärs ja direkt eingeschaltet.

Dem Militär erkannte das Marcos-Regime ausdrücklich eine positive Rolle bei der Nationbildung zu. Da die Streitkräfte im Rahmen des US-Militärhilfeprogramms einen Modernisierungsschub erlebt hatten, wurde an die Militärs die Erwartung geknüpft, als Trägergruppe politischen, wirtschaftlichen und sozialen Wandels zu wirken.<sup>2</sup>

Seit Mitte der 60er Jahre nahm dies deutliche Konturen an: Militärs zeichneten unmittelbar für die Durchführung und Überwachung infrastruktureller Großprojekte (Auf- und Ausbau von Straßen, Brücken, Häfen u.ä.) verantwortlich und übernahmen seit der Verhängung des Kriegsrechts gar judikative wie exekutive Vollmachten.

Manilas neuer wirtschaftspolitischer Kurs genöß bis Ende der 60er Jahre einen weitgehend nationalen Konsens. Für den Großteil der Bevölkerung galt die Marcos-Administration als dynamisch und zupackend. Die Sach- und Fachkompetenz ihrer Technokraten und Bürokraten stand außer Frage.

Diese Einstellung resultierte auch und gerade aus dem desolaten Zustand der beiden großen Parteien LP und NP, die, untereinander in diverse Fraktionen und regionale Seilschaften gespalten, als Vehikel zur persönlichen Bereicherung im Catch-as-Catch-Can-Stil mit Mißtrau-





en und Spott bedacht wurden. Kein Wunder, daß Marcos 1969 wie keinem seiner Vorgänger die unter philippinischen Verhältnissen relativ faire Wiederwahl glückte.

Washington sah in Marcos einen Präsidenten ganz nach seinem Geschmack. Um die Jahreswende 1970/71 publizierten die amerikanische Botschaft in Manila Untersuchungen, wonach die US-Investitionen im Lande einen Mindestprofit von 300% garantierten. Die Durchschnittsprofitrate der auf dem Archipel operierenden US-Konzerne lag demnach um 25% über den von ihnen andernorts in Übersee eingestrichenen Gewinnen. Berechnungen des Economic Monitor zufolge betragen die zwischen 1962 und 1969 aus dem Lande gezogenen Nettoprofite reichlich 1,5 Mrd. Dollar.<sup>3</sup>

## Widerstand gegen den Ausverkauf

Für das Auslandskapital boten neue Exportproduktionszonen ideale Verwertungsbedingungen. Durch eine Palette von Sondervergünstigungen wurde hier ausschließlich für den ausländischen Markt produziert. Die Finanzierung solcher Zonen sowie infrastruktureller Großprojekte aber war nicht intern (etwa durch einen Rückgriff auf Spareinlagen für investive Zwecke), sondern nur durch massive Kreditaufnahmen im Ausland zu gewährleisten.

Das aber machte eine weitere drastische Pesoabwertung erforderlich: 1970 wurde sein Außenhandelswert gegenüber dem Dollar auf 6 Pesos festgesetzt. Im Januar 1971 war die Inflationsrate im Großraum-Manila gegenüber dem Vorjahresmonat mit 24,9% zweistellig.<sup>4</sup>

Die nachteiligen Auswirkungen bekamen vor allem das städtische Proletariat und die Bauern zu spüren.

Ihrem Protest schlossen sich bald Teile der Intelligenz und der studentischen Jugend an. Die seit der Unabhängigkeit (Sommer 1946) größten nationalen und gegen die eskalierende US-Kriegführung in Indochina gerichteten Demonstrationen gingen als „First Quarter Storm“, erster Vierteljahressturm (1970), in die Geschichte der Inseln ein. Von diesen Sentiments der Straße blieb nicht einmal der Oberste Gerichtshof verschont, der sich in spektakulären Urteilen gegen die den Amerikanern eingeräumten Sondervergünstigungen aussprach.<sup>5</sup>

Zudem waren mit der Neugründung der Kommunistischen Partei (CPP) und ihrer Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) seit 1968/69 Organisationen entstanden, die – vorerst nur in Regionen Zentral- und Ostluzons verankert – in Gestalt der Kabataan Makabayan (Nationalen Jugend) über ein in den Städten verankertes Scharnier ihrer antifeudalen und

antiimperialistischen Propaganda verfügten.

Auch war 1971 mit der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) ein unter der moslemischen Bevölkerung des Südens entstandenes Widerstandspotential etabliert, dessen militärischer Arm, die Bangsa Moro-Armee (BMA), die Regierungstruppen in Bedrängnis brachte.

Das Marcos-Regime reagierte am 21.9.1972 mit der Verhängung des Kriegsrechts. Die Speerspitze der schrittweisen Zentralisierung und Konzentration staatlicher Macht – Militär und Polizei – erhielt Sondervollmachten. Die „Niederschlagung der Subversion“, „der Kampf gegen Kommunisten, Separatisten und rechte Oligarchen“ (Marcos) dienten als Legitimation.

Binnen weniger Wochen waren sämtliche politischen Organisationen und Parteien verboten, der Presse die kritischen Stacheln entfernt, Oppositionelle zu tausenden hinter Schloß und Riegel gesteckt, Streiks untersagt und Löhne eingefroren. Noch stieß dieser Schritt in weiten Teilen des Bürgertums wenn schon nicht auf Sympathie so doch auf Verständnis. Ruhige Arbeitsverhältnisse, kontrollierte Gewerkschaften und staatlich dekretierte Lohnsenkungen – was sollte man dagegen haben?

Die USA zeigten sich erleichtert, wurde es doch zum Gebot der Stunde, angesichts des Debakels in Indochina wenigstens dem engsten Verbündeten in der Region einen „Domino“-Effekt zu ersparen. Stabilität um jeden Preis war gefragt.

Seine nachgerade klassische Rechtfertigung gipfelte darin: „Wir sind der Meinung, daß, sofern überhaupt, nur wenige Amerikaner die Einschränkung persönlicher Rechte und demokratischer Institutionen als negative Beeinflussung amerikanischer Interessen ansahen. (...)“

## Anschluß ans Weltniveau

Amerikanische Beamte sind zudem der Ansicht, daß die Stärkung präsidialer Autorität (...) Präsident Marcos befähigte, eine gewünschte Stabilität herbeizuführen, die in unserem Interesse erfolgte, und daß (...) die Militärbasen und eine uns wohlgesonnene Regierung in den Philippinen wichtiger als die Wahrung demokratischer Institutionen sind.“<sup>6</sup>

Dies war eine logische Weiterentwicklung jener „Empfehlungen“, die 1969 in Ausschlußberichten des US-Senatskomitees für Auswärtige Angelegenheiten unter Vorsitz des Senators Symington zur Sprache kamen. Darin wurde z.B. die Aufstockung amerikanischer Militärhilfen mit dem Hinweis begründet, sie halte „die innere Sicherheit und Stabilität“ aufrecht, um „unsere (die amerika-



„People's Power“, die Macht des Volkes, war eine treibende Kraft beim Sturz des Marcos-Regimes

nische; d. Verf.) Aktivitäten sicherer zu gestalten“.<sup>7</sup>

Das verleitete Senator Symington zu der präzisen Schlußfolgerung: „Wir also zahlen der philippinischen Regierung Gelder, um uns vor dem philippinischen Volk zu schützen, das die Amerikaner nicht mag.“<sup>8</sup>

Im Haushaltsjahr 1972/73 wurden von Washington für das erweiterte öffentliche Sicherheitsprogramm 3,9 Mio Dollar bereitgestellt. Polizeibeamte wurden in den USA in CIA-, FBI-, Armee- und Polizeiausbildungszentren geschult. Auf den Philippinen erfolgte das in Schulungsakademien, die „sehr leicht in Gefangenenlagern verwandelt werden konnten, um die wachsende Zahl politischer Häftlinge unterzubringen“, die nach dem 21.9.1972 konstatierbar war.<sup>9</sup>

Daß die US-Wirtschaftshilfe in einem solch „gesicherten Klima“ gedieh, bewies ihre Steigerung um nahezu das Doppelte zwischen 1970-72 und 1973-75: von 134 auf 254 Mio Dollar. Japan folgte alsbald diesem Beispiel, als Marcos den jahrelang auf massiven Widerstand gestoßenen bilateralen Freundschafts-, Schifffahrts- und Handelsvertrag mit Tokio qua Federstrich 1974 in Kraft setzte.

Die IMF-Weltbank-Gruppe stufte die Inseln als eines ihrer sog. Vorzugsgebiete ein mit dem Effekt, daß Manila faktisch immense Kreditpakete aufgedrängt wurden; es galt ja als sicherer und in internationalen Finanzkreisen geschätzter Kantonist. Auf die Philippinen verweisend, erklärte 1976 ein Topmanager der Manufacturers Hanover Trust Bank, daß „in den letzten Jahren größere soziale und politische Reformen jene Engpässe verringern halfen, die in der Vergangenheit ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum blockierten“.<sup>10</sup>



Da die wesentliche Reform in der Etablierung der Marcos-Diktatur bestand, kristallisiert sich in diesem vom internationalen Business formulierten „Reform“-Konzept die als wünschenswert eingestufte Gestaltung der sozialpolitischen Strukturen in der sog. Dritten Welt. Die Symbiose zwischen einer Kompradorenelite und lokalen Militärs auf der einen und ausländischen Wirtschafts- und Militärinteressen auf der anderen Seite war ohne aktiven oder angedrohten Terror undenkbar. Die Philippinen unter dem Kriegsrecht unterstrichen dies neuerlich aufs Anschaulichste.

Fazit: „Blutbäder und Terror, die ein günstiges Investitionsklima begründen, sind 'konstruktiv' in dem Sinne, daß sie jenem Zweck dienlich sind, der unter den Führern der Freien Welt absolute Priorität beansprucht. Menschenrechte sind da von gänzlich untergeordneter Bedeutung; dem verübten Terror wird die Sicherungsfunktion von 'Freiheit' und 'Sicherheit' zuerkannt.“<sup>11</sup>

Nach achtjähriger diktatorischer Herrschaft mehrten sich kritische Töne aus einer Ecke, von der man bislang nur gewohnt war, daß sie das Marcos-Regime über den grünen Klee lobte.

## Risse im „Modell Philippinen“

In einem Weltbank-Report hieß es u.a.: „(...) Obwohl durch Ausschalten der Parteipolitik das klientele System, das ein wesentlicher Bestandteil der philippinischen Politik vor 1972 war, theoretisch hätte beseitigt werden können, ist das Netz persönlicher Abhängigkeiten eher modifiziert als abgebaut worden. Dies läßt auf eine stärker gewordene Machtposition Marcos' und seiner Verbündeten schließen. (...)“

Gegenwärtig sprechen viele Beobachter von einer 'neuen Regierungskoalition', die sich zusammensetzt aus der Marcos-Familie und einem ihr nahestehenden Personenkreis, gehobenen Technokraten, Bürokraten in Schlüsselstellungen, Armeeoffizieren und einigen wohlhabenden Geschäftsleuten. Dieses Bündnis wird zum einen durch persönliche Loyalität gegenüber dem Präsidenten bestimmt und zum anderen dadurch, daß etliche dieser Personen, selbst in der Armee, aus Marcos' Heimatregion Ilocos stammen.“<sup>12</sup>

Trotz versteckter Zynismen war die Ende 1980 vorgenommene Lageeinschätzung durch ein Weltbank-Team bemerkenswert zutreffend gezeichnet. Die schwindende Unterstützung für Marcos innerhalb der Unternehmerschaft wertete es als politische Folge mehrerer voneinander abhängiger wirtschaftlicher Tendenzen: enormer Machtzuwachs der transnationalen Konzerne; Aufblähung



Aktion der Linken für einen Wahlboykott: „Verjagt die 7. US-Flotte von philippinischem Territorium! Boykottiert die vorgezogenen Wahlen!“

des staatlichen Unternehmenssektors und Protektion Marcos-loyaler Geschäftsleute.

Die herrschende Klassenallianz aus Marcos-treuen Großgrundbesitzern, Kompradoren, Technokraten und Militärs hatte die politische und wirtschaftliche Macht soweit monopolisiert, daß selbst die früher diffuse Korruption nunmehr „stromlinienförmig“ auf das enge Herrschaftszentrum zulief.

Inkompetenz, honoriertes Kriechertum und Extravaganzen waren Tür und Tor geöffnet, während die mafiotische Zu- und Verteilung von Macht und Pfründen selbst in der obersten Militärspitze hofähig wurde. General Fabian C. Ver, Verwandter des Präsidenten, dessen Chauffeur und Leibwächter, Geheimdienstchef und 1981 gar über die Köpfe altgedienter Militärs hinweg zum Generalstabschef ernannt, verkörperte den Prototyp der „fat bellies“, der dickbäuchigen, inkompetenten Nutznießer eines Regimes, in dem außerökonomische Zwänge und gegenseitig zelebrierte Schuld dankbarkeit sozusagen mustergültig die halbfeudale politische Kultur widerspiegeln.

Streckenweise funktionierte dieses System ausgezeichnet, zumal das Regime sich darauf verstand, regionalistische Unterschiede und Querelen mit einer Zuckerbrot-und-Peitsche-Taktik zu glätten oder für sich zu instrumentalisieren.

Protest und Widerstand, lange Zeit nur auf das Hinterland beschränkt, wuchsen proportional der dramatisch verschlechterten sozialen Lage. Klaffende Zahlungsbilanzdefizite, stagnierende Kapitalinvestitionen, die nach Südkorea höchste Auslandsverschuldung in ganz Asien, grassierende Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Slumbildung signalisierten das akute Dilemma des „philippinischen Modells“.

Nach erlittenen Rückschlägen bis Mitte

der 70er Jahre war es der CPP/NPA und der ihr übergeordneten, im Frühjahr 1978 entstandenen Nationalen Demokratischen Front (NDF) gelungen, ihre Operationsbasis auf die mittlere Visaya-Inselgruppe und nach Mindanao auszuweiten.

Der von ausländischer Unterstützung abgeschnittenen Guerilla gelangen aufgrund einer geschickten Verknüpfung von bewaffnetem Kampf und politischer Massenarbeit in den Städten dramatische Einbrüche bis tief ins bürgerliche Lager hinein.

Außerdem waren die neben dem Staatsapparat einzig intakt gebliebenen Institutionen, die Kirchen, deren unterer Klerus sich gleichsam seit Mitte der 70er Jahre auf oppositionelle Positionen begab, und kirchlich unterhaltene soziale Aktionszentren wiederholt zur Zielscheibe staatlichen Terrors geworden.

## Zuspitzung nach Aquino-Mord

So sehr Protest sowie legaler und illegaler Widerstand wuchsen, so wenig war die oberste Militärelite unter Ver der „Aufgabe“ gewachsen, der Guerilla das Rückgrat zu brechen. Für das Militär bereitgestellte Gelder versickerten in den Taschen der „fat bellies“. Das politische System und seine Militärkaste erwiesen sich just in dem Augenblick als dysfunktional, wo ihr Profil und die Legitimation staatlicher Herrschaft dringender denn je vonnöten gewesen wären.

Diese Situation spitzte sich mit der Liquidierung von Ex-Senator Benigno Aquino im August 1983 zu. Nach achtjähriger Haft und dreijährigem Selbstexil in den USA beabsichtigte er, zusammen mit dem Erzbischof von Manila, Kardinal Jaime Sin, seinen nationalen Aus- und Versöhnungskurs gegenüber dem Präsidenten ins Spiel zu bringen. Aquino war die Galionsfigur des auf einen fried-





lichen Wandel spekulierenden Bürgertums.

Seine Ermordung brachte die Protestspirale in Bewegung und dem Bürgertum schlagartig die Menschenrechtsfrage „näher“. Hatte es mehrheitlich zu dem alltäglichen Staatsterror gegen die Bauern und ethnischen Minderheiten geschwiegen, so propagierte es jetzt im Stakkato die Beseitigung der Marcos-Diktatur und machte sich teilweise selbst die weitergehende Losung vom „Sturz der US-Marcos-Diktatur“ zu eigen.

Kapitalflucht, der Auftakt mehrmalig erneuerter Schuldenmoratorien und die gefestigte Phalanx städtisch wie im Hinterland verankerten Widerstands markierten das Abbröckeln staatlicher Macht.

Erstmals auch zogen im Sommer 1983 US-Militärs die eventuelle Verlagerung der mit Subic Bay Naval Station und Clark Air Field bedeutsamen und größten überseeischen Basen gen Osten (nördliche Marianen-Inseln) in Erwägung.

In alarmierenden „Reiseberichten“ beschworen amerikanische Politiker und Geheimdienstler das dramatische Wachstum der NPA und drängten die Reagan-Administration, ihre Politik vis-à-vis den Philippinen neu zu bedenken. „Der beste Freund im Pazifik“ (Reagan) galt nicht länger mehr als unerschütterlicher Eckpfeiler der US-Interessen in Ostasien.

Mit der Inter-agency Task Force on the Philippines entstand schließlich eine behördenübergreifende Planungsgruppe aus Repräsentanten des Weißen Hauses, des State Department (Außenministerium) und Pentagon (Verteidigungsministerium), des CIA sowie des Schatzamtes. Ihr fiel die brisante Aufgabe zu, ein „radikalisierendes Philippinen“, mithin die potentielle „Destabilisierung der gesamten Region“, zu verhindern. Die Grundlinien diesbezüglich auseinanderklaffender Einschätzungen ließen sich an

der zentralen Frage festmachen, wie letztlich das Marcos-Regime zu bewerten sei – als Mittel oder als Stolperdraht bei der Krisenlösung?

Als exponierter Vertreter der letzten Option trat von Anfang an das State Department auf. In Marcos' ungebrochener Herrschaft sah es eine geordnete Nachfolgeregelung gefährdet. Demgegenüber favorisierte das Weiße Haus eindeutig die Marcos-Connection.

Eine Preisgabe des Regimes, so Reagan in einem Fernsehduell mit seinem Herausforderer bei den letzten Präsidentschaftswahlen, Walter Mondale, bedeutete, „die Inseln den Wölfen vorzuwerfen“. Die gemäßigte bürgerliche Opposition,<sup>13</sup> um deren politisch-diplomatische Aufwertung sich das State Department fortgesetzt mühte, war in Reagans krudem Weltbild gänzlich ausgeblendet.

## Die erzwungenen Februarwahlen

Konsens herrschte in der Bewertung des „kommunistischen Aufbruchs“, dem durch eine Stärkung jener (durch Generalleutnant Fidel Ramos verkörperten) Fraktion des Militärs ein Riegel vorgeschoben werden sollte, die Effizienz und Schlagkraft der Armee höher als die Loyalität zum Präsidenten einstufte.

Ende 1984 war mit der von der erwähn-

ten Planungs- und Arbeitsgruppe vorgelegten Nationalen Sicherheits-Studien-Direktive (NSSD) erkennbar geworden, daß die Position des State Department Konturen zeigte.<sup>14</sup>

Darin fand sich die sybillinische Formel: „Wenngleich auch Präsident Marcos augenblicklich Teil des Problems ist, so ist er notwendig auch Teil von dessen Lösung. (...) Durch eine wohlhabend gestimmte Politik von Anreizen und Druckmitteln müssen wir versuchen, ihn dazu zu bewegen, die Voraussetzungen für einen friedlichen Übergang zu einer Nachfolgeregierung zu schaffen.“<sup>15</sup> Hinter dem diplomatischen Wortgeflecht war die (wenngleich noch vorsichtige) Distanz zum Regime unverkennbar.

Die Manila-Besuche von CIA-Chef William Casey und dem Reagan-Intimus, Senator Paul Laxalt, im Mai bzw. Oktober 1985 und nicht zuletzt der Anfang November 1985 veröffentlichte Durenberger-Report<sup>16</sup> lenkten Wasser auf die Mühlen des State Department. Marcos war innenpolitisch unhaltbar geworden und wurde diplomatisch und wirtschaftlich (verzögerte Auszahlung von Kredittranchen der IMF-Weltbank-Gruppe im Rahmen des letzten Standby-Kredits) auf „snap elections“, vorgezogene Präsidentschaftswahlen, festgenagelt.

Dabei ging es nicht mehr wie noch bei den Parlamentswahlen vom Mai 1984

## Politische Gruppierungen

### Nationalprogressive

**Nationale Demokratische Front (NDF):** 1973 gegründetes illegales Linksbündnis, mit rund 1 Mio Mitgliedern, das sich den Sturz der „US-Marcos-Diktatur“ und die Errichtung einer demokratischen Koalitionsregierung zum Ziel setzte. Ihm gehört auch die Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) an. (Details zur Linken siehe bei R. Naumann w.u.)

**Neue Patriotische Koalition (BAYAN):** 1985 gegründetes Bündnis, das neben den meisten legalen linken Organisationen auch liberale Demokraten einschließt. BAYAN gehören landesweit über 500 Organisationen mit ca. 2,5 Mio Mitgliedern an.

**Moro Nationale Befreiungsfront (MNLF):** Sie kämpft seit 1971 für Autonomie bzw. Sezession des Moro-Volkes im Süden der Philippinen und ist in mehrere Flügel gespalten. Ihr bewaffneter Arm, die Bangsa Moro Armee (BMA), zählt heute noch ca. 6.000 Mitglieder.

### Die Mitte

**Philippinische Demokratische Partei (PDP) – Laban:** Sie entstand 1983 aus der 1982 von Aquilino Pimentel gegründeten PDP und der 1978 gegründeten Laban, zu deren damaligen Parlamentskandidaten auch Benigno Aquino gehörte. Die Partei tritt mehrheitlich für einen demokratischen Sozialstaat und gegen die US-Einmischung ein.

Weitere Organisationen der politischen Mitte, die ebenfalls kritisch gegenüber den USA und teilweise der Präsenz der US-Basen eingestellt sind:

**Bandila,** 1985 gegründetes Bündnis unter Führung von „Butz“ Aquino. Der linke Flügel der 1946 gegründeten Liberalen Partei (LP) unter Jovito Solonga. Verschiedene sozialdemokratische Gruppen.

### Die Rechte

**Vereinigte Nationalistische Demokratische Organisation (UNIDO):** 1970 gegründetes Bündnis aus ursprünglich 12 Parteien, darunter auch kurzfristig die PDP-Laban. Ihr gehören ein Flügel der 1902 gegründeten Nationalistischen Partei (NP) unter dem jetzigen Vizepräsidenten Salvador Laurel, ein Flügel der LP unter Eva Estrada-Kalaw sowie regionale Parteien an. Sie erhielt 1984 bei den Parlamentswahlen 51 Sitze. Bei den Präsidentschaftswahlen 1986 kandidierte „Cory“ Aquino, die ursprünglich für die PDP-Laban antreten wollte, zusammen mit S. Laurel auf der UNIDO-Plattform.

Zu den Rechtsparteien gehört außerdem noch der Flügel der NP um Arturo Tolentino. Tolentino war bei der Präsidentschaftswahl 1986 der Vizepräsidentschaftskandidat von Marcos, der früher selbst der NP angehörte.

Am äußersten rechten Flügel steht die Partei des Ex-Diktators Marcos, die Bewegung für eine Neue Gesellschaft (KBL), die mittlerweile vor dem Zusammenbruch steht.



## Das Kabinett Aquino

Die folgende Aufstellung gibt einen Überblick über den sozialen und politischen Hintergrund der wichtigsten Personen in der Regierung Aquino.

**Corazon Aquino**, Präsidentin. Studierte in den USA und in Manila. Witwe des ermordeten bürgerlichen Oppositionspolitikers Benigno Aquino. Stammt aus dem Cojuangco-Klan, der Großgrundbesitz, Industrieanlagen und Banken sein eigen nennt. Wird politisch von der PDP-Laban unterstützt.

**Salvador Laurel**, Vizepräsident und Außenminister. Gehört einem einflußreichen Clan aus der Provinz Batangas an. Ist Präsident des rechtsbürgerlichen Oppositionsbündnisses UNIDO. Er ist Mitinhaber der Philippine Banking Corporation und Zementfabrikant.

**Juan Ponce Enrile**, Verteidigungsminister. Rechtsanwalt mit einem Harvard (USA) Diplom; Plantagenbesitzer und Konzessionär riesiger Waldgebiete. Seit 1966 gehörte er der Marcos-Regierung an. War als Verteidigungsminister 1972 Drahtzieher des Kriegsrechts.

**Neptali Gonzales**, Justizminister. War enger Vertrauter des ermordeten Benigno Aquino und maßgeblich an der Gründung von dessen LABAN-Partei 1978 beteiligt.

**Jaime Ongpin**, Finanzminister. Ausgebildet an der Harvard Universität, Präsident der Benguet Mining Corporation. War während des Wahlkampfes einer der wichtigsten Berater von Cory Aquino.

**Aquilino Pimentel Jr.**, Minister für Lokalregierungen und Gemeindentwicklung. Ehemaliger Dekan. Hat als Gründer der Philippinischen Demokratischen Partei (PDP) seit 1984 einen Sitz in der Nationalversammlung. War unter dem Marcos-Regime dreimal in Haft und ein enger Bekannter von Benigno Aquino.

**José Conception Jr.**, Minister für Handel und Industrie. Unternehmer. Wurde nach der Verhängung des Kriegsrechts verhaftet. Ist Präsident der seit 1984 aktiven Nationalen Bürgerbewegung für Freie Wahlen (NAMFREL).

**Ramon Mitra**, Landwirtschaftsminister. Mitglied der PDP-Laban Partei. Ehemaliger politischer Gefangener. Er unterhielt während des Kriegsrechts mehrere Rinderfarmen und handelte mit Kobra in Nordluzon.

### Weitere Amtsträger

**Fidel Ramos**, Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Absolvent der US-Militärakademie West Point. War mit Enrile bei der Verhängung des Kriegsrechts maßgeblich beteiligt. Plane und koordinierte die Aufstandsbekämpfung im ganzen Land.

**Joker Arroyo**, Exekutivsekretär der Präsidentin. Rechtsanwalt. Setzte sich gegen Menschenrechtsverletzungen ein und ist Mitbegründer der progressiven Rechtsanwältinnenorganisation MABINI.

**Jovito Salonga**, Vorsitzender der Präsidentialen Kommission für eine gute Regierung. Ehemaliger Senator der Liberalen Partei.

**José Diokno**, Vorsitzender der Kommission für Menschenrechte. Rechtsanwalt und bekannter Menschenrechtsverteidiger. Ehemaliger Senator. Mitbegründer der Organisation KAAKBAY, die 1984 an der Boykottkampagne zu den Parlamentswahlen teilnahm. Arbeitet in der Kommission eng mit Ex-Senator

**Lorenzo Tanada** als Berater zusammen. Beide treten für die Schließung der US-Basen ein.

um eine „frische“ Legitimation seines nach dem Aquino-Mord ramponierten Regimes.

Für die bürgerliche Opposition war die Wahl als Testfall und für die Linke als „weiche“ Counterinsurgency (Aufstandsbekämpfung) konzipiert, um den vom „Parlament der Straße und der Berge“ ausgehenden Druck auf Wahlprozesse zu lenken. Als „Vorsichts“maßnahme wurden die bereits auf den US-Basen stationierten Spezialeinheiten (SOF) aufgestockt.

Stephen Bosworth, Washingtons Botschafter in Manila, konferierte mehrmals mit Generalleutnant Fidel Ramos und dem oppositionellen Kandidatenspann Corazon C. Aquino/Salvador H. Laurel. Die auf Drängen der USA und Kardinal Sins in letzter Minute zustandgekommene Einigung zwischen Aquino und Laurel, auf einer gemeinsamen (UNIDO-)Plattform anzutreten, verhielt Gutes.

In dieser zu Marcos höchst willkommenen personalen Alternative verbanden sich gewieft Politik (Laurel) mit Integrität und Moral (Aquino), was angesichts des isolierten und verhaßten Regimes positiv zu Buche schlagen mußte. Zudem bot diese Anti-Marcos-Konstellation die Gewähr dafür, daß die amerikanischen Machtprärogativen tabu und über den 7. Februar d.J. hinaus intakt blieben.

Eine Aufwertung erfuhr auch die im Frühjahr 1985 erstmals ins öffentliche Bewußtsein gerückte Reformbewegung der Streitkräfte (RAM). Ihr Slogan, Loyalität gegenüber der Verfassung höher als die zu einer bestimmten Person/engruppe zu veranschlagen, fügte sich auffallend nahtlos in das US-Kalkül ein, gegen den noch von Verbefehligen Militärklüngel ein „eingebautes“ oppositionelles Gegengewicht zu stützen, das sich überdies eindeutig für eine effektive Bekämpfung der Guerilla aussprach.

Ob amerikanische Militärs direkt am Aufbau der RAM beteiligt waren, ist bislang noch nicht nachweisbar. Sicher indes ist, daß die RAM den in diversen amerikanischen Positionspapieren entfalteten Vorstellungen Rechnung trug.<sup>17</sup>

Von Ramos und Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile war seit langem bekannt, daß sie mit Ver und dem Heeresbefehlshaber, Generalmajor Josephus Ramas, in unterschwelligem Clinch lagen.

Marcos selbst hatte wiederholt Enriles Kompetenzbereich durch das Plazieren seiner Günstlinge in die 13 strategischen Regionalkommandoposten unterlaufen, ihn aber für die Ausbreitung des „kommunistischen Aufruhrs“ verantwortlich gemacht. Ferner war Enrile mit dem einst einflußreichen Geschäftsmann

Dewey Dee liiert, der sich 1981, nachdem seine Finanz- u.a. Imperien ins Wanken gerieten, über Nacht in die Karibik absetzte – stattliche 600 Mio Pesos als Schulden zurücklassend. Die Bande zur bürgerlichen Opposition (vor allem Laurels UNIDO) wurden seitens Ramos/Enrile mit zunehmendem Gesichtverlust des Präsidenten intensiviert.

Aus alledem ergab sich eine sinnfällige Allianz der drei gewichtigen Machtblöcke bürgerliche UNIDO, Ramos-Fraktion des Militärs und die Kirchenhierarchie, die gemeinsam den Sturz des Diktators bei Wahrung diktatorischer Strukturen besiegeln konnte. Ferner waren auch die Technokraten des Regimes rasch zu neutralisieren bzw. von der neuen Allianz zu überzeugen. Schließlich zeichnen sich Technokraten gerade durch eine fehlende (partei)politische Basis und eine nur der Entwicklung verpflichteten Ideologie aus.

Den so entstandenen „magischen Quadrat“ eines Nach-Marcos-Szenarios kam mit den plumpen, allzu offensichtlichen Wahlfälschungen reales Gewicht zu. Daß Mitte Februar 1986 gerade mit Philip C. Habib einer der gefuchstesten US-Karrierediplomaten als Sonderemissär nach Manila gesandt wurde, setzte den Schlußakkord in einer State-Department-Partitur, die tatsächlich brillant orchestriert war.<sup>18</sup>

## Die „Habibisierung“

Das Weiße Haus wird prüfen müssen, ob sich nicht doch die „Habibisierung“ – d.h. rechtzeitiges Absegnen von bürgerlichen Oppositionsblöcken anstelle einer bedingungslosen Diktatorenliebe – künftig als adäquates, gesichtswahrendes Mittel US-amerikanischer Konflikt- und Krisenbewältigung empfiehlt. Es ist beileibe nicht abwegig, daß Habib bald Chiles Pinochet und Südkoreas Chun Doo Hwan einen „Besuch“ abstattet.

Hatten sich die CPP und NDF im Dezember 1985 für einen Wahlboykott ausgesprochen, so schloß sich dem auch am 4. Januar d.J. das aus ca. 500 „zielgerichteten“ Gruppen und Organisationen zusammengesetzte Linksbündnis Neue Patriotische Allianz (BAYAN; siehe Beitrag von R. Naumann in diesem Heft) an. Diese Entscheidung fiel erst, nachdem Frau Aquino ihre Kandidatur nicht von der Erfüllung der drei demokratischen Minimalforderungen BAYANs – Rücktritt von Marcos, Sicherstellung freier und fairer Wahlen sowie die Wiedereinführung des Rechts auf richterliche Haftprüfung und Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen – abhängig machen wollte, wohl aber dafür einzutreten gedachte. Faktisch war es ein proklamierter, jedoch kein strikt zu



befolgender Boykott. Das erklärte, warum in bestimmten Regionen Mitgliedsorganisationen BAYANs den Wahlkampf Aquinos unterstützten.

Nach dem Urnengang, als massive Schwindeleien und Wahlfälschungen das politische Tagesgeschäft der in Auflösung begriffenen Diktatur bestimmten, koordinierte ein aus BAYAN und dem Aquino-Lager geschaffenes fünfköpfiges Gremium den Modus außerparlamentarischer Proteste, Streiks, Demonstrationen u.a. Aktionsformen. „Die Vereinigten Staaten“, so mahnte BAYAN-Nationalratsmitglied Leandro Alejandro, „zeigen kein Interesse daran, dem Volk Demokratie und Macht zu übertragen. Ihnen liegt eine Nachfolge-Regelung am Herzen, welche die US-Interessen im Lande wahrt.“<sup>19</sup>

Entpuppte sich folglich nicht doch der Boykott als Flop? Jein. Für ihn sprach immerhin der gewichtige Grund, daß Marcos die Wahl nicht aus freien Stücken ansetzte, sondern dazu seit Caseys Besuch gedrängt worden war.

Die Wahl sollte demnach das bewerkstelligen, was dem Militär versagt geblieben war – nämlich der NDF und der weltweit am schnellsten wachsenden Guerilla den Teppich unter den Füßen wegzuziehen und parallel dazu „der Bevölkerung Hirne und Herzen“ auf einen „demokratischen Wandel durch Wahlen“ einzustimmen, ganz im Sinne der gültigen Oplan Katatagan (Operationsplan Stabilität)-Strategie. Daß dieses Kalkül im Februar d.J. teilweise aufging, charakterisiert ja gerade die Brillanz des federführenden State Department.

Gegen den Boykott ist die ihm unterlegte Argumentationskette der Linken kritisch anzuführen. Eine sorgfältige Analyse aller CPP-, NDF- und Bayan-Stellungnahmen im Vorfeld der Wahlen läßt ein durchgängiges Muster erkennen: Marcos figurierte demnach bis zum bitteren Ende als Garant der US-Stabilitätspolitik.<sup>20</sup> Ihm wurde noch eine strategische Rolle beigemessen, obgleich er allenfalls taktisch im Sinne eines geord-

Architekten des Machtwechsels (v.r.n.l.): US-Emissär Habib, US-Botschafter Bosworth, Kardinal Sin



ten Nachfolgemodus interessant war. Daraus erklärt sich die Fehleinschätzung, sein Sieg sei lutong-makaw – „vorgekocht“, also abgekartet. Letztlich blieb eine Massenbefolgung des Boykotts aus, was eine gewisse Konfusion angesichts der Trennung vom langjährig „lieb gewonnenen“ Feindbild noch schürte.

So schwierig die Boykottfrage unter den gegebenen Bedingungen zu beantworten war, so sehr könnte sich dennoch recht bald die strategische Stärke aller in der Boykottbewegung vereinten Organisationen offenbaren. Dann nämlich, wenn die neue Regierung sich als unfähig erweisen sollte, die hochgeschraubten Erwartungen des Volkes nach grundlegenden Verbesserungen ihrer sozialen Lage einzulösen.

### Regierung Aquino in Zugzwang

Marcos' Sturz erfolgte durch eine Kombination aus massivem Volkswiderstand und der von den USA absegneten Abkehr eines bedeutsamen Teils des Militärs.<sup>21</sup> Diese Konstellation schließlich gestattete jenen friedlichen Übergang, den Washington aus stabilitätspolitischen Gesichtspunkten anstrebte.

Aquinos neue Administration aber ist eine klassenmäßig vom Marcos-Regime nicht unterschiedene fragile Allianz aus alten, diskreditierten Personen der Diktatur, Mitgliedern der vormals präsidialen Parteimaschinerie, die opportunistisch ins andere Lager abdrifteten, sowie aus erkonservativen und liberalen Elementen der Anti-Marcos-Front (siehe Kästen). Daß gerade Letztere Beachtung und publizistischen Rückenwind genossen, ist dem Umstand geschuldet, daß sie auf die freigesetzte Masseneuphorie mit der bedeutsamen Forderung ernst machten, die politischen Gefangenen – zumindest in den Städten – freizulassen. Ob und inwieweit es ihnen aber gelingt, diktatorische Strukturen (Bürokratie, Militär und Bandenwesen) zu schleifen, ist noch lange nicht entschieden. Dem wird sich das Ramos/Enrile/Laurel-Lager mit aller Macht entgegenstellen.

Sollten Frau Aquino und die Liberalen über die Einhaltung der Menschenrechte hinaus wirkliche sozialpolitische Strukturveränderungen in Stadt und Land anstreben, so ist dies nur mit, nicht aber gegen die revolutionäre Linke durchzusetzen. Diese wird ihrerseits intensiv die Möglichkeit diskutieren, ob nicht durch ein taktisches Bündnis mit den Liberalen ein effektives Gegengewicht zum Ramos/Enrile/Laurel-Lager zu schaffen ist. Das Offenhalten der bewaffneten Option verleiht ihr auch weiterhin politische Bedeutung. Die nun ist in verbesserte Kampfbedingungen umsetzbar, so-

fern antifeudale und antiimperialistische Forderungen – was zu erwarten steht – an Einfluß gewinnen.<sup>22</sup>

Wenn überhaupt, so ist die neue Regierung in Zugzwang. Und: jeder Tag, an dem diese drängenden Forderungen unbeachtet verstreichen, ist ein Markstein in Richtung einer Revolution, die mit der Februar-„Wunderrevolution“ nur den Namen gemein haben dürfte.

### Anmerkungen:

- 1) Ausführlich in: R. Werning, Verhinderte Unabhängigkeit: Agrar- und Wirtschaftspolitik in den Philippinen, Münster 1985
- 2) Siehe: R. Werning, Zur Geschichte des philippinischen Befreiungskampfes: 1930-1975, Bonn 1975, S. 76f.
- 3) Bis 1962 betrug die Dollar-Peso-Parität 1:2, danach wurde sie auf 1:3,9 neu festgesetzt.
- 4) Angaben nach: Philippine Panorama, Manila, 21.3.1971, S. 4 und Sec. 3, Republic Act, Nr. 6124, Manila 1971
- 5) U.a. sollte 1974 das Laurel-Langley-Abkommen aus dem Jahre 1954 mit seinen Gleichheitsklauseln endgültig terminiert sein. Danach waren amerikanischen Geschäftsleuten auf den Inseln dieselben Rechte wie Filipinos in den USA eingeräumt worden!
- 6) U.S. Senate, Committee on Foreign Relations, 93rd Congress, 1st Session, Korea and the Philippines: November 1972. A Staff Report, Washington, D.C., (18.2.) 1973, S. 45
- 7) Hearing am 1. Oktober 1969, Symington Report, Washington D.C., S. 244-5
- 8) Ebenda, S. 317-8
- 9) G. Arlin, The Organisers, in: Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 2.7.1973
- 10) D.McCouch (MHT-Vizepräsident), As Lenders See It, Philippines Execels in Managing Debt, in: American Banker, 21.9.1976, S. 10 A
- 11) N. Chomsky/E.S. Herman, The Washington Connection and Third World Fascism: The Political Economy of Human Rights, Jg. I, Boston 1979, S. 205
- 12) Political and Administrative Base for Economic Policy in the Philippines. World Bank Paper 069456/J69700/D2862/02, Washington D.C., November 1980; zit. dtsh. in: epd-Materialien, Frankfurt 1981, Nr. 2/1981, S. 7-22
- 13) Vor allem in Gestalt der 1980 gegründeten Vereinigten Nationalistischen Demokratischen Organisation (UNIDO). Dieses von „Doy“ Laurel geführte Bündnis nannte sich zunächst noch Vereinigte Demokratische Opposition.
- 14) National Security Study Directive: U.S. Policy Towards the Philippines, Washington D.C., November 1984, 23 S. Die NSSD wurde vom State Department ausgearbeitet und diente Präsident Reagan als Grundlage für seine im Januar 1985 unterzeichnete Nationale Sicherheitsdirektive (NSD). Kurz darauf wurde dem Philippine Support Committee (Washington) eine Kopie dieses Dokuments zugespielt.
- 15) Ebenda, S. 2/3
- 16) The Philippines: A Situation Report. Staff Report to the Senate Select Committee On Intelligence, United States Senate, Washington D.C., (1.11.) 1985, 18 S.
- 17) Z.B. in den Studien, die unter Anm. 14 und 16 aufgeführt sind sowie in den beiden folgenden Memoranden: Situation in



the Philippines and Implications for U.S. Policy. Statement to the Committee on Foreign Relations, U.S. Senate, By James A. Kelly, Deputy Assistant Secretary of Defense (East Asia and Pacific Affairs), Washington D.C., (18.9.)1984, 7 S. und das unter gleichem Titel verfaßte Statement to the Subcommittee on Asian and Pacific Affairs, Committee on Foreign Affairs, House of Representatives, By Richard L. Armitage, Assistant Secretary of Defense for International Security Affairs, Washington D.C., (4.10.)1984, 10 S.

- 18) Am Sonntag, 23.2.1986, wurde in Bethesda, Md., dem Wohnsitz von Außenminister George Shultz, Marcos' Fall besiegelt. Habib, wenige Stunden zuvor aus Manila zurückgekehrt, erstattete einer erlauchten Runde Rapport, zu der sich nebst Caspar Weinberger und Richard Armitage vom Pentagon, Generalstabschef William Crowe, dem Nationalen Sicherheitsberater John Poindexter und Robert Gates, stellvertretender CIA-Direktor, auch die State Department-„Mafia“ Michael Armacost (verantwortlich für politische Angelegenheiten und Botschafter in Manila, bevor Stephen Bosworth dieses Amt antrat) und Paul Wolfowitz (zuständig für Ostasien/Pazifik) gesellten.

Während einer noch am selben Tag anberaumten Konferenz des Nationalen Sicherheitsrates erklärte Habib bündig: „The Marcos era has ended“, woraufhin sich Reagan nur noch um des Diktators „retirement in dignity“ (würdevollen Abgang) besorgt zeigte. Vgl. u.a.: Time, New York, 10.3.1986, S. 22f. und The Observer, London, 2.3.1986, S.13

- 19) KSP-Newservice, Nr. 86-20, Utrecht, (24.2.)1986
- 20) Siehe u.a. Ang Bayan, Dezember 1985; diverse Boykottaufrufe seitens BAYAN und der Nationalen Allianz für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie (NAJFD) sowie Liberation, Official International Publication of the NDF/Philippines, Special Release, Nr. 2, o.O., 26.2.1986
- 21) Während einer Pressekonferenz am 22.2.1986 erklärte Enrile, er habe die amerikanische und japanische Botschaft im Vorhinein über seinen Schritt (Aufkündigung der Marcos-Loyalität und sein Verschanzen mit Ramos im Camp Crame bzw. Camp Aguinaldo) informiert. Die japanische Botschaft bestätigte, die US-Botschaft hingegen dementierte dies. Wie bereits die Washington Post, 1.3.1986 und Manila Times, 4.3.1986 andeuteten, scheint die aktive logistische US-Unterstützung für Ramos/Enrile größer gewesen zu sein als ursprünglich angenommen. Siehe auch: S.L. Bodegon, The U.S.: Reaping the Harvest of the Feb. 21 Putsch, in: Philippine News and Features, Manila, 3.3.1986, S. 4-6 und A. Magno, The Anatomy of Political Collapse, in: The Sunday Times Magazine, Manila, 16.3.1986, S. 6-7
- 22) Vgl. D. Southerland, Farmers Are Skeptical of Aquino, in: International Herald Tribune, Zürich/Paris, 18.3.1986, S. 1-2; FEER, 27.2.1986 und The Manila Times, 25.3.1986, wo Tony Zumel CPP-Politbüromitglied und (angeblicher) NDF-Vorsitzender, diese Perspektive erkennen läßt. Wörtlich äußerte er sich im letzten Interview: „Wer zur Waffe greift und bereit ist, sein Leben einzusetzen, hat berechnete und tiefe Beweggründe. Gleichmaßen tief und ernsthaft muß der Grund sein, sie wieder beiseitezulegen.“

## Reinhard Naumann

# Die Befreiungsbewegung Einheit in der Vielfalt

In dem weltweiten Medienspektakel anläßlich des Sturzes von Ferdinand Marcos war eine der verblüffendsten Meldungen die von der Haftentlassung der beiden bekanntesten politischen Gefangenen. Gegen den Willen des alten und neuen Verteidigungsministers Juan Ponce Enrile und des Generalstabschefs Fidel Ramos wurden José Maria Sison, der Mitbegründer und ehemalige Vorsitzende der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP), und Bernabe Buscayono, der erste Führer der Neuen Volksarmee, auf freien Fuß gesetzt.

In einem fünfzehnminütigen Gespräch sicherten die soeben Freigelassenen der neuen Präsidentin Corazon Aquino ihre Unterstützung zu.<sup>1</sup>

Diese Geste darf jedoch nicht über die vorhandenen Widersprüche zwischen dem neuen Regime und der nationalen Befreiungsbewegung hinwegtäuschen. Corazon Aquino, die ihre Präsidentschaft einer „Kombination von Militärrevolte und Volksaufstand“ verdankt (Sison), hat nicht vor, über die angestrebte formale Demokratisierung hinaus strukturelle Eingriffe in die philippinische Gesellschaft vorzunehmen. So sprach sie sich in einem Spiegel-Interview definitiv gegen eine Landreform aus.<sup>2</sup> Diese ist jedoch eine Hauptforderung sowohl des legalen Linksbündnisses Neue Patriotische Koalition (BAYAN) als auch der im Untergrund operierenden Nationalen Demokratischen Front (NDF) und ihres bewaffneten Armes, der Neuen Volksarmee (NPA).

In einer Erklärung vom 26. Februar d.J. gratulierte die NDF „Cory“ Aquino für ihre Rolle beim Sturz der Diktatur und sicherte ihr die Unterstützung bei der Erfüllung demokratischer Forderungen zu. Gleichzeitig kritisierte sie die Anwesenheit von Marcos-Anhängern wie Enrile und Ramos in der neuen Regierung.

Sie forderte weiter das Volk auf, seine Errungenschaften zu verteidigen und weiterhin für die im NDF-Programm enthaltenen Forderungen zu kämpfen. Dazu gehören eine wirkliche Landreform, eine Aufkündigung der ungleichen Verträge mit den USA, das Recht auf Arbeit sowie eine nichtpaktgebundene friedliebende Außenpolitik (siehe Kasten).<sup>3</sup>

### Revolutionäres Zentrum NDF

NDF, NPA und CPP haben sich Ende März d.J. zu Vorgesprächen mit der Regierung über einen Waffenstillstand bereit erklärt, es jedoch abgelehnt, bereits jetzt die Waffen niederzulegen.

Die NDF, die seit ihrer Gründung im Jahr 1973 im Untergrund wirkt, ist heute das organisierende und orientierende Zentrum der gesamten revolutionären und antiimperialistischen Bewegung. Ihre Entstehung geht auf die Protestbewegung gegen die zunehmende Verelendung und die Beteiligung der Philippinen am Vietnamkrieg in den Jahren vor der Verhängung des Kriegsrechts (1972) durch Marcos zurück, an der sich vor

Patrouille der Neuen Volksarmee in Mindanao





allem Studenten und Arbeiter beteiligten.

An der Spitze der NDF steht die CPP, die 1968 als damals noch maoistische Abspaltung der 1930 gegründeten Kommunistischen Partei der Philippinen (PKP) entstanden war und Ende 1983 30.000 Mitglieder zählte.

Die PKP, die während des 2. Weltkriegs die Antijapanische Volksbefreiungsarmee (Hukbalahap) geführt hatte, arrangierte sich 1974 mit dem Marcos-Regime, indem sie sich bereit erklärte, positive Maßnahmen des Regimes zu unterstützen. Ihr wurde daraufhin von der Diktatur eine halblegale Existenz zugestanden. Seit 1980 ging sie wieder auf größere Distanz zu Marcos.

Bereits 1973 hatten Kritiker dieser Politik die Partei verlassen und die Marxistisch-Leninistische Gruppe (MLG) gegründet, die vor allem in Manila wirkt. Der bewaffnete Arm der NDF, die NPA, wurde bereits 1969 von der CPP und Mitgliedern aus verbliebenen Guerillagruppen der früheren Hukbalahap gegründet.

Die Stärke der NPA, die vom CIA als die weltweit am schnellsten wachsende Guerillabewegung eingeschätzt wird, war ein Grund dafür, warum die USA Marcos zu Reformen drängten und schließlich seinen Sturz mit betrieben. Sie zählte 1985 32.000 Kämpfer/innen, die in 58 der 73 Provinzen, zum Teil in Bataillonsstärke operieren.<sup>4</sup> In den von ihr kontrollierten Gebieten (ca. 20% der Dörfer) hat sie mit dem „Aufbau demokratischer Gegenstrukturen begonnen“.

Die NDF hat hier de facto Regierungsfunktionen übernommen, indem sie Steuern erhebt, eine Landreform durchführt und das gesamte öffentliche Leben organisiert.<sup>5</sup> Besonders in den letzten Jahren konnte die NPA trotz (oder in gewisser Weise wegen) des wachsenden Terrors der Marcos-Diktatur die Anzahl ihrer Kämpfer/innen, Waffen und ihren Rückhalt in der Bevölkerung in atemberaubendem Tempo erhöhen. Vor allem im Süden des Archipels gelang ihr der Sprung in die Städte.<sup>6</sup>

Die für die 90er Jahre angepeilte strategische Offensive ist durch den Machtwechsel, der die Polarisierung vorläufig stoppte, in weitere Ferne, jedoch nicht völlig aus dem Blickwinkel gerückt. Für wie lang der bewaffnete Kampf in den Hintergrund tritt, wird vom Verlauf der Auseinandersetzung zwischen der Volksbewegung und dem neuen Regime abhängen.

Die Arbeit in der legalen und halblegalen Massenprotestbewegung ist seit langem der Schwerpunkt von NDF und CPP.

Sie engagieren sich in städtischen Armenkomitees, ländlichen Barrios (Dörfer), Fabriken und Plantagen, Krankenhäusern, Schulen, Universitäten,



Ursprünge von NDF und NPA: Demonstration der Nationalistischen Jugend (KM) Anfang der 70er Jahre in Manila

christlichen Basisgemeinden und vielen weiteren Bereichen. Neben CPP und NPA sind die Christen für Nationale Befreiung (CNL) die dritte Hauptströmung in der NDF.

Unter deren Dach befinden sich außerdem die Nationalistische Jugend (KM), die Revolutionäre Arbeiterorganisation, der Revolutionäre Bauernverband, die Vereinigung Patriotischer Frauen (MAKIBAKA), die Vereinigung Nationalistischer Lehrer (KAGUMA) und die Nationalistische Gesundheitsassoziation (MASAPA). Die Mitgliederzahl der NDF wurde 1985 auf 1 Mio geschätzt. Ihre Propaganda- und Organisationsarbeit gilt als ausgezeichnet. Der weitere Sympathisantenkreis erstreckt sich auf etwa 10 Mio (von 54 Mio) Filipinos.<sup>7</sup>

Entsprechend ihrem neuen Programm will die NDF sich im wesentlichen auf ihre eigenen Kräfte stützen, um den Befreiungskrieg voranzutreiben. Sie bittet aber gleichzeitig auch um die politische und materielle Hilfe von Regierungen und revolutionären Bewegungen, wenn diese nicht mit Bedingungen verbunden ist.

Sie betrachtet ihren Kampf „als Teil des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus, der von nationalen Befreiungsbewegungen, revolutionären Parteien, Regierungen und Ländern sowie von den arbeitenden Menschen in kapitalistischen und imperialistischen Staaten geführt wird“.<sup>8</sup> Zu den antiimperialistischen Kräften zählt sie auch „unabhängig gewordene antiimperialistische Staaten“ und „die sozialistischen Länder“.<sup>9</sup> Die materielle Unterstützung aus dem Ausland für die NDF oder Organisationen von BAYAN beschränkt sich auf die

Solidaritätsarbeit von Aktionsgruppen und anderen Organisationen, die mit den internationalen Vertretungen der NDF oder dem Philippinischen Volkskomitee (KSP) zusammenarbeiten. Die internationalen Kontakte der NDF konzentrieren sich auf die Zusammenarbeit mit anderen Befreiungsbewegungen wie der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti aus El Salvador (FMLN) oder der westsahraischen POLISARIO.

## Massenproteste nach Aquino-Mord

Der wachsende Einfluß der NDF und die damit verbundene Perspektive einer nationaldemokratischen Revolution waren der Grund dafür, daß man zu Beginn der 80er Jahre in Washington begann, sich ernsthaftere Sorgen über die Entwicklung auf den Philippinen zu machen.

Während die sog. „Viererbande“ (Hongkong, Singapur, Taiwan, Südkorea) ihr Wirtschaftswunder feierte und in weniger prosperierenden Ländern des südostasiatischen Raumes wie Thailand und Indonesien Militärregimes erfolgreich für Friedhofsruhe sorgten, bekam ausge-rechnet der stets treue Ferdinand Marcos den Aufruhr in der ehemaligen US-Kolonie nicht in den Griff.

Angesichts von Korruption, Vetternwirtschaft und niedriger Kampfmoral in den philippinischen Streitkräften, angesichts der spektakulären Erfolge der NPA, der tiefen Wirtschaftskrise und der seit der Ermordung Begnino Aquinos an Fahrt gewinnenden Massenproteste sahen die Strategen des US-Außenministeriums die militärstrategischen und wirtschaftlichen Interessen der USA auf den



Philippinen in wachsender Gefahr. Es wurde richtig eingeschätzt, daß die Ermordung Aquinos der Umschlagpunkt war von „passiver Komplizenschaft zu aktivem Protest gegen die Regierungspolitik“,<sup>10</sup> und daß die Massenbewegung gegen das Regime das Kleinbürgertum und nationale Bourgeoisie erfaßt hatte.

Diese Polarisierung der philippinischen Gesellschaft führte nicht nur zu einer Verstärkung des linken Untergrunds, sondern begünstigte auch das Wachstum bestehender und die Gründung neuer progressiver Organisationen, die in der Legalität wirken. Die von der NDF geförderten Vereinigungsbestrebungen mündeten Ende 1983 in die Gründung der legalen Nationalen Allianz für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie (NAJFD).

### Nahziel demokratische Koalition

Damit wurde die Gelegenheit wahrgenommen, der allgemeinen Empörung und gestiegenen Aktionsbereitschaft eine antiimperialistische Richtung zu geben und der Grundstein zur späteren Gründung BAYANs gelegt.

500.000 Menschen demonstrierten am 21.9. 1983, dem 11. Jahrestag der Verhängung des Kriegsrechts, in Manila und verabschiedeten ein von der NAJFD vorgelegtes „Manifest für Freiheit, Demokratie und Souveränität“. Darin wurde die Wiedererlangung bürgerlicher Freiheiten und demokratischer Rechte, das

Ende des staatlichen Terrors, der Ausbeutung des philippinischen Volkes und seiner Ressourcen sowie der Abzug der US-Basen und -Truppen gefordert.<sup>11</sup> Weiter wurde von der NAJFD ein konkreter Plan für eine nach Marcos' Sturz zu errichtende „nationaldemokratische Koalitionsregierung“ vorgelegt.<sup>12</sup> An dieser Regierung sollten neben den Organisationen der Arbeiter und Bauern auch das städtische Kleinbürgertum und die nationale Bourgeoisie entsprechend ihrem Anteil am Sturz der Diktatur beteiligt werden.

Diese Orientierung wurde auch von der CPP vertreten, die in ihrem Zentralorgan „Ang Bayan“ 1985 eine „bürgerlich demokratische Revolution neuen Typs“ propagierte. Deren besonderer Charakter solle darin bestehen, daß sie von Bauern, Kleinbürgertum und nationaler Bourgeoisie unter Führung der Arbeiterklasse mit einer „klaren sozialistischen Perspektive“ durchgeführt werde.

In der ersten Etappe der Revolution gehe es um die Förderung der lokalen kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Zurückdrängung der „halbfeudalen, halbkolonialen“ Beziehungen. Erst nach erfolgter Landreform und mit einer engeren Verknüpfung von landwirtschaftlicher Entwicklung und nationaler Industrialisierung unter staatlicher Beteiligung und Kontrolle könne langfristig die sozialistische Revolution begonnen werden.<sup>13</sup>

Mit dem oben wiedergegebenen Programm wurde die NAJFD schnell zum Orientierungszentrum der wachsenden

Oppositionsbewegung, insbesondere innerhalb der Koalition von Organisationen für die Wiedererrichtung der Demokratie (CORD), die sich im Zusammenhang mit der Vorbereitung eines Volksprotestmarsches (Lakbayan) auf Manila im Februar 1984 bildete. Sie konnte in der Folge knapp 500 Organisationen und Verbände bis hin zur politischen Mitte mit ca. 2,5 Mio Mitgliedern unter ihrem Dach vereinigen.<sup>14</sup>

### BAYAN – neue Stufe der Linkseinheit

NAJFD und CORD waren die zentralen Ausgangspunkte für die Bündnisarbeit des von ihnen repräsentierten militanten Oppositionsflügels gegenüber den liberalen bis konservativen Marcos-Gegnern, bei denen sie auf kaum überwindbare Vorbehalte gegen ihr Wirtschaftsprogramm und gegen die Beteiligung von NDF- und CPP-Mitgliedern an einer Regierung nach Marcos stießen.

Der erste Versuch eines dauerhafteren Bündnisses mit der konservativen, von Salvador Laurel geführten Vereinigten Nationalistischen Demokratischen Organisation (UNIDO) scheiterte bereits im Ansatz an der Frage der Beteiligung an den von NAJFD und CORD boykottierten Parlamentswahlen 1984, an denen die UNIDO teilnahm. Der zweite Anlauf erfolgte mit der Gründung der „Convenor's Group“ im November 1984, die aus Persönlichkeiten des nationaldemokratischen und liberalen Spektrums bestand. Ihr gehörten neben dem Ex-Senator Lorenzo Tanada (Vorsitzender von NAJFD und CORD), „Cory“ Aquino und der jetzige Finanzminister und Unternehmer Jaime Ongpin an.

Im März 1985 ging aus CORD unter dem Vorsitz von Tanada BAYAN hervor. Diese neue legale Dachorganisation, die ein außerordentlich breites und vielfältiges Spektrum vereinigt und eine große Mobilisierungsfähigkeit bewies, zeichnete sich gegenüber CORD durch eine größere Einheitlichkeit und organisatorische Verbindlichkeit aus. BAYAN gehören ca. 500 Organisationen, darunter auch die NAJFD, mit 2,5 Mio Mitgliedern an.<sup>15</sup> Ein Teil des liberalen und sozialdemokratischen Spektrums um Agapito „Butz“ Aquino, dem Bruder Benigno Aquinos, verließ BAYAN kurz nach der Gründung, weil er sich „majorisiert“ fühlte. Er gründete im April 1985 das Bündnis Bandila.

Größte Mitgliedsorganisation von BAYAN ist die Gewerkschaftsföderation Bewegung des 1. Mai (KMU). Sie entstand 1980 im Zusammenhang mit Arbeiterprotesten gegen die anhaltenden Reallohnverluste und zählte bei ihrer Gründung 50.000 Mitglieder.<sup>16</sup>

## Programm der Nationalen Demokratischen Front

Im Januar 1985 veröffentlichte die Nationale Demokratische Front (NDF) einen breit diskutierten Entwurf eines 12-Punkte-Programms. Es handelt sich dabei um die weiterentwickelte Version des früheren 10-Punkte-Programms von 1973 und 1977 (siehe AIB 7-8/1983, S. 49), das die veränderten Bedingungen des Befreiungskampfes (Massenproteste nach dem Aquino-Mord, Erstarben der NDF) berücksichtigt. Auch nach dem Sturz von Marcos dürften die meisten Programmpunkte nichts an Bedeutung eingebüßt haben.

1. Vereinigung des philippinischen Volkes zum Sturz der tyrannischen Herrschaft des US-Imperialismus und der einheimischen Reaktionäre.
2. Führung eines Volkskrieges, um einen vollständigen, landesweiten Sieg zu erringen.
3. Errichtung einer demokratischen Koalitionsregierung und einer volksdemokratischen Republik.
4. Integration der revolutionären Streitkräfte in eine einzige nationale Revolutionsarmee.
5. Garantie und Förderung der freien Aus-

übung der demokratischen Grundrechte des Volkes.

6. Beendigung aller ungleichen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten und anderen ausländischen Körperschaften.
7. Vollendung des Prozesses einer wirklichen Landreform, Steigerung der ländlichen Produktion durch Zusammenarbeit und Modernisierung der Landwirtschaft.
8. Durchführung der Industrialisierung des Landes als wichtigste Maßnahme zur wirtschaftlichen Entwicklung.
9. Garantie des Rechts auf Arbeit, Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung und Ausweitung sozialer Leistungen sofort nach Errichtung der demokratischen Staatsmacht.
10. Förderung einer patriotischen, wissenschaftlichen und volksnahen Kultur und Sicherung kostenloser öffentlicher Bildung.
11. Respektierung und Unterstützung der Selbstbestimmung des Moro- und Cordillera-volkes und aller ethnischen Minderheiten.
12. Ausübung einer revolutionären, unabhängigen und friedliebenden Außenpolitik. (Quelle: Liberation, o.O., Nr. 1/März-April 1986)



- Ich abonniere das AIB ab Nr. \_\_\_\_\_ / ab sofort
- Ich bestelle \_\_\_\_\_ Ex. AIB-Nr. \_\_\_\_\_
- Ich bestelle \_\_\_\_\_ Ex. AIB-Sonderheft Nr. \_\_\_\_\_

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): \_\_\_\_\_ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorausbezahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto-Nr. 312 093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/Main, oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr.  BLZ

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

**Vertrauensgarantie:** Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

**Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in**

**Vertrauensgarantie:** Ich habe am \_\_\_\_\_ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

**Internationale wissenschaftliche Konferenz**

**VERSCHULDUNG  
 UND AUSBEUTUNG  
 DER DRITTEN WELT  
 UND DIE ROLLE DER  
 BUNDESREPUBLIK**

Veranstaltet von:

Institut für Marxistische Studien und Forschungen  
 (IMSF)

in Zusammenarbeit mit:

- Anti-Apartheid-Bewegung (AAB),
- Antiimperialistisches Informations-Bulletin (AIB),
- Antiimperialistisches Solidaritätskomitee (ASK),
- Arbeitskreis »Kein Geld für Apartheid!«,
- Christlicher Friedensdienst (CFD),
- Arbeitskreis Philippinen
- Freundschaftsgesellschaft BRD - Cuba,
- Marx-Engels-Stiftung (MES)

**Köln, 31. Mai/1. Juni 1986**

**Städtische Gesamtschule  
 Köln-Rodenkirchen, Sürther Straße**



Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen

An  
**AIB-Weltkreis-Verlag**

Liebigstr. 46  
3550 Marburg 1

---

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde  
von mir geworben:

Mein Name: \_\_\_\_\_

Meine Adresse: \_\_\_\_\_

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

5

---

## **Vorträge**

- »Die Verschuldungskrise aus der Sicht der Dritten Welt - Ursachen und Gegenstrategien«,
- »Internationale Kapitalstrategien (IWF, Weltbank, Baker-Plan)«,
- »Die Bundesrepublik und die Ausbeutung der Dritten Welt«.

## **Referenten:**

Prof. Dr. Issam El-Zaim (Syrien, UNIDO), Prof. Dr. Osvaldo Martínez, Direktor des Forschungszentrums für Weltwirtschaft (Havanna/Cuba), Vertreter/in der Nationalen Planungsbehörde, Managua/Nicaragua.

Prof. Dr. Dieter Boris (Marburg)/Dr. Jörg Goldberg (IMSF), Prof. Dr. Herbert Schui (Hamburg, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik).

## **Arbeitsgruppen Markt der Initiativen**

### **Organisatorische Hinweise**

**Wegen des begrenzten Platzangebots bitten wir, die Anmeldung bis spätestens Freitag, 16.5., vorzunehmen.**

Zur Deckung der Tagungskosten erheben wir einen **Konferenzbeitrag in Höhe von DM 50,- für Berufstätige bzw. DM 35,- für Schüler, Studenten, Arbeitslose usw.** Im Beitrag enthalten: Konferenzmaterialien und drei Mahlzeiten (Mittag- und Abendessen am 31.5., Mittagessen am 1.6.).

**Institut für Marxistische Studien  
und Forschungen (IMSF)  
Oberlindau 15,  
6000 Frankfurt/Main 1  
Telefon: 069/724914**



## Mit Bankeinzug Zeit und Geld sparen

Für Sie und uns der einfachste Weg: Lastschriftverfahren

- Sie brauchen sich künftig nicht mehr um die rechtzeitige Bezahlung Ihres Abonnements zu kümmern.
- Sie sparen Zeit und Geld, denn das Ausfüllen von Zahlkarten, Überweisungen und Schecks wird überflüssig.
- Wir ersparen uns das Versenden von Rechnungen und Mahnungen und haben eine Kostenerleichterung.

## Abbuchungsvollmacht

Ich ermächtige Sie hiermit – widerruflich –, die AIB-Abogebühren von meinem Konto einzuziehen.

Beginn ab \_\_\_\_\_

Name, Vorname

Straße

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

Mein Bank-/Postscheckkonto bei

in

Kto.-Nr.  BLZ

# Freiheit

# für

# Nelson

# Mandela



**Ich fordere die sofortige Freilassung  
des ANC-Führers Nelson Mandela und  
aller anderen politischen Gefangenen!**

**I demand the immediate release of  
ANC leader Nelson Mandela and all  
other political prisoners!**

(Ort und Datum)

(Unterschrift)



Absender:

---

---

---

70 PF



Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

\_\_\_\_\_  
(Name)

\_\_\_\_\_  
(Straße/Hausnummer)

\_\_\_\_\_  
(Ort)

\_\_\_\_\_  
(Name)

\_\_\_\_\_  
(Straße/Hausnummer)

\_\_\_\_\_  
(Ort)

\_\_\_\_\_  
(Name)

\_\_\_\_\_  
(Straße/Hausnummer)

\_\_\_\_\_  
(Ort)

Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen



An

**AIB-Weltkreis-Verlag**

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1





Anhänger von BAYAN-Organisationen demonstrieren für den Sturz der US-Marcos-Diktatur

Trotz Verfolgung durch das Regime konnte die KMU, die keinem internationalen Gewerkschaftsverband angehört, zum heute größten Gewerkschaftsverband mit 800.000 Mitgliedern (ca. 12% der abhängig Beschäftigten) aufsteigen.<sup>17</sup> Die Hälfte davon arbeitet vorwiegend in den Industriebetrieben Manilas (im öffentlichen Dienst sind Gewerkschaften verboten). Der KMU gehören aber auch Landarbeiter, vor allem aus dem Zuckerbereich, an.

Sie ist die wichtigste Organisation in der im März 1984 gegründeten Nationalen Koalition der Arbeiter gegen die Armut (PKMK). Dieser vereint fast alle Verbände des fortschrittlichen Flügels, darunter den 120.000 Mitglieder (1983) zählenden Gewerkschaftsverband TUPAS,<sup>18</sup> der dem Weltgewerkschaftsbund angeschlossen ist.

Die größte Studentenorganisation des Landes, die Liga Philippinischer Studenten (LFS), leistet vor allem in Manila neben der KMU den größten Beitrag bei der Massenmobilisierung BAYANs. Weitere wichtige Mitgliedsorganisationen des Bündnisses sind;

Die 1985 gegründete Nationale Bauernallianz (KMP; 400.000 Mitglieder); die Organisation der städtischen Armen CUPAP;

der Dachverband der Frauenvereinigungen GABRIELA;

Organisationen ethnischer und kultureller Minderheiten wie die Allianz der Cordillera-Völker (CPA; BAYAN unterstützt auch den Kampf der organisatorisch nicht eingebundenen Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) der moslemischen Bevölkerung auf den südlichen Inseln); die landesweiten Bündnisse gegen die US-Basen und Stationierung von Atomwaffen Koalition für Atomwaffenfreie Philippinen (NFPC) und die Anti-Basen-Koalition (ABC) sowie das international agierende Philippinische Volkskomitee (KSP).

Diese unvollständige Aufzählung gibt den Facettenreichtum der regional und sektoral (nach den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen) untergliederten

Allianz nur bedingt wieder.

Obwohl BAYAN und NDF ähnliche politische Ziele verfolgen, NDF-Angehörige in vielen Mitgliedsorganisationen wirken und die soziale Basis ähnlich ist, kann nicht von einer Kontrolle BAYANs durch die NDF die Rede sein.

BAYAN zeichnet sich vor allem durch eine größere Breite und Meinungsvielfalt aus sowie durch die Tatsache, daß sie als legale Organisation im Gegensatz zur NDF den bewaffneten Kampf weder praktiziert noch propagiert. Durch die Arbeitsteilung zwischen der NPA, die militärisch operiert, der NDF, die im Untergrund organisiert, und BAYAN, die die Massen mobilisiert, konnte die Linke in der Niedergangphase der Marcos-Diktatur zwar eine bedeutende, aber noch nicht die führende Rolle übernehmen.

### NDF und BAYAN ergänzen sich

BAYAN erwies sich in der Ende 1985 aufkommenden Diskussion über einen Boykott der Präsidentschaftswahlen als noch nicht stark und fest genug, um eine solche Auseinandersetzung einig und erfolgreich bestehen zu können. BAYAN entschloß sich zum Boykott, nachdem seine Minimalforderungen, die faire Wahlen garantieren sollten, von der Diktatur abgelehnt wurden und das Kandidatengespann Aquino/Laurel nicht auf BAYANs inhaltliche Bedingungen (vor allem Landreform und Abzug der US-Basen) für eine Unterstützung im Wahlkampf einging, sondern auf die Kraft des bürgerlichen Lagers und die mit der Anti-Marcos-Stimmung ansteigende Sympathiewelle für Frau Aquino setzte.

Teile der unterlegenen Minderheit konnten diesen Beschluß nicht mittragen. So beteiligten sich der (inzwischen abgelöste) Vorsitzende Tanada und die weiter in BAYAN vertretene Frauenorganisation GABRIELA aktiv am Wahlkampf für die heutige Präsidentin.

Das Scheitern des Boykotts zeigte, daß die Linke die Hoffnungen großer Teile des Volkes, daß es bei den Wahlen doch

mit rechten Dingen zugehen könnte und mit einem Sieg Aquinos wenigstens eine Erleichterung ihres Loses erreicht werden könnte, unterschätzt hatte.

Zwar bewahrheitete sich die Voraussage BAYANs und der NDF, daß Marcos die Wahlen fälschen würde, doch sollte gerade diese Tatsache zum Sturz Marcos führen. In diese Protestbewegung gegen die Wahlfälschung schaltete sich BAYAN nach dem gescheiterten Boykott der Wahlen wieder einheitlich ein und konnte so eine Isolierung vermeiden.

Trotz des „Durchmarsches der Bürgerlichen“ hat die Linke gute Ausgangsbedingungen bewahrt für die kommenden Auseinandersetzungen um eine über die formelle Demokratisierung hinausgehende Veränderung der philippinischen Gesellschaft. Will die Aquino-Regierung ein Abbröckeln ihrer Basis vermeiden, muß sie einigen Forderungen der Linken nachgeben oder riskieren, daß ihre Macht bald von BAYAN, NDF und NPA infrage gestellt wird.

### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Die Tageszeitung (taz), 7.3.1986
- 2) Vgl. Der Spiegel, 10.3.1986. Die Regierung scheint zu dieser Frage noch keine einheitliche Position zu haben. So versprach Finanzminister Jaime Ongpin, laut Frankfurter Rundschau vom 19.3.1986, eine „wirksame Landreform“.
- 3) Vgl. Liberation (internationales Organ der NDF), Utrecht, Sonderausgabe Nr. 2/26.2.1986
- 4) Vgl. Liberation, Nr. 4/September-Oktober 1985, S.4
- 5) R. Werning, Marcos am Ende der Sackgasse?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr. 1/1986, S. 74-86, hier: S. 80
- 6) Hier kooperieren die NPA und der bewaffnete Arm der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) auf taktischer Ebene.
- 7) R. Werning, Marcos..., a.a.O.
- 8) Liberation, Nr. 1/März-April 1985, S.3
- 9) Lunynging de Vera, Two World Trends, in: ebenda, S.6
- 10) D.A. Rosenberg, Communism in the Philippines, in: Problems of Communism, Washington, September-Oktober 1984, S. 24-26, hier: S. 25. Die Zeitschrift wird vom US-Außenministerium herausgegeben.
- 11) Vgl. ebenda, S. 25f.
- 12) Vgl. Horacio „Boy“ Morales, Forum on the Coalition Government, in: NAJFD Monographs, Quezon City, Band 1, Nr. 1/November 1984
- 13) Vgl. Ang Bayan (Organ der CPP), o.O., März 1985
- 14) Vgl. S. Turner, Das „Parlament der Straße“, in: Blätter des iz3w, Nr. 122/Dezember 1984, S. 9-14
- 15) Arbeitskreis Philippinen (Hrsg.), Philippinen – wenn der Bambus bricht, Reinbek 1986, S. 187
- 16) Vgl. ebenda, S. 168 und 187
- 17) Siehe: Interview mit Roberto T. Ortaliz (stellvertretender Vorsitzender der KMU) in: Frankfurter Rundschau, 27.2.1986
- 18) Vgl. Center for Labour Studies, Inc., The Philippine Labor Situation, Selected Statistics 1984, o.O., S. 57





Führer der NDF bei einer Pressekonferenz im Jahre 1985

## Interview mit Horacio „Boy“ Morales Haupthindernis US-Einmischung

Horacio „Boy“ Morales, 42, mutmaßlicher ehemaliger Vorsitzender der Nationalen Demokratischen Front (NDF), wurde Ende Februar d.J. von der neuen Regierung Aquino aus dem Gefängnis entlassen. Vor seinem Übertritt zur NDF im Jahre 1977 war Morales geschäftsführender Vizepräsident der Akademie für Entwicklung der Philippinen, einer Denkfabrik des abgesetzten Ferdinand Marcos. Seinen Übertritt zur Linken verkündete er in einem aufsehenerregenden Brief an die Behörden am dem Abend, an dem er als einer der „10 Hervorragendsten Jungen Männer“ der Philippinen ausgezeichnet werden sollte. 1982 wurde er verhaftet.

**FRAGE:** Wie sehen Sie den viertägigen, von Zivilisten unterstützten Militärputsch?

**H. MORALES:** Was hier geschehen ist, war eine politische Revolution, d.h. wir waren in der Lage, ein faschistisches Regime zu beseitigen und es durch eine demokratische Regierung zu ersetzen.

Das ist ein großer Gewinn für das Volk, aber es ist noch keine soziale Revolution in dem Sinne, daß die anderen gesellschaftlichen Klassen nun stärker an der Regierung des Landes beteiligt wären. Noch immer ist die gleiche soziale Schicht an der Macht, die bereits vorher geherrscht hat.

**FRAGE:** Welche Auswirkungen hatte dies auf das Programm der Linken?

**H. MORALES:** Ich glaube, wir sollten es unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß dies das Ergebnis eines langen Kampfes ist, an dem die Linke lange Zeit beteiligt war. Es ist auch ihr Sieg. (...)

Doch offensichtlich ist es aufgrund der neuen Situation notwendig, die Taktiken zu ändern. Einige der alten Kernpunkte ihrer Kritik, die sie aufzeigte, um das Volk zu mobilisieren, haben unter Umständen ihre Gültigkeit verloren. Bezüglich der Kampfformen könnte es zu einer Verschiebung des Schwerpunktes kommen. Möglicherweise wendet sich die Aufmerksamkeit verstärkt legalen Mitteln an Stelle des bewaffneten Kampfes zu.

Doch dies sind taktische, keine strategischen Veränderungen, denn die Absichten und Ziele der Linken bleiben die gleichen.

**FRAGE:** Wir würden Sie die Position der Regierung Aquino in bezug auf die Streitkräfte (AFP) beschreiben?

**H. MORALES:** Gegenwärtig besteht zwischen den folgenden verschiedenen Gruppen eine Allianz: Vereinigte Nationalistische Demokratische Organisation (UNIDO), Philippinische Demokratische Partei (PDP) im Bündnis mit Laban, Liberale Partei (LP), Bandila und AFP.

Im Augenblick basiert diese Allianz auf dem gemeinsamen Ziel dieser Kräfte, die Diktatur zu stürzen und in Regierung und Gesellschaft Reformen durchzuführen. Viele dieser Reformen sind bereits deutlich umrissen, über viele andere besteht jedoch noch Unklarheit. Wir werden also abwarten müssen, um zu sehen, welches ihre vorrangigen Ziele sind.

**FRAGE:** Glauben Sie, daß es später zu einer Spaltung kommen könnte?

**H. MORALES:** Gegenwärtig ist unser einziger Maßstab die jüngste Freilassung politischer Gefangener. Frau Aquino war recht erfolgreich bei dem Versuch dafür zu sorgen, daß ihr Versprechen, alle politischen Gefangenen freizulassen, auch tatsächlich verwirklicht wird. Das ist zu diesem Zeitpunkt der einzige Maßstab.

Vermutlich wird es allerdings in Zukunft viele Fragen dieser Art geben, zu denen die Gruppen unterschiedliche Positionen haben werden. Aber dies ist eine Frage der Führung. Gleichzeitig jedoch ist es auch eine Frage der Schnelligkeit, mit der sich Reformen innerhalb des Militärs durchsetzen.

Und wenn die ehrlicheren, ernsthaften und patriotischen Elemente in den Streitkräften eine entscheidendere Position erlangen, wird dies die Lösung der Konflikte erleichtern. (...)

**FRAGE:** Sehen Sie eine zunehmende Einmischung seitens der USA?

**H. MORALES:** Es hat zwar einen Regierungswechsel gegeben, aber die USA sind genauso aktiv wie vorher.

Viele Beamte der US-Regierung machen regelrecht die Runde und versuchen, neue Projekte, neue Abkommen zu initiieren. Es ist sehr gut möglich, daß sie eine Menge Unterstützung ins Land fließen lassen. Sie sehen die Möglichkeit, eine Exportenklave wie in Südkorea zu schaffen.

**FRAGE:** Welches sind jetzt die Haupt Hindernisse für den Kampf des Volkes?

**H. MORALES:** Natürlich sind Einmischung und Vorherrschaft der USA noch immer sehr groß. Das wird das Haupt Hindernis sein.

Innerhalb der Regierung gibt es Elemente, die der Meinung sind, das alte Zweiparteiensystem traditioneller Politiker wäre für uns das Geeignete. Sie werden unseren Kampf zur Errichtung einer mehr an volksdemokratischen Prinzipien ausgerichteten Regierungsform behindern.

Weitere Hindernisse sind die Elemente in den Streitkräften, die die Absichten und Ziele des Volkskampfes nicht verstehen und die instinktiv danach handeln, daß alles, was für die Linke gut ist oder mit ihr zu tun hat, schlecht ist.

Auch in der Kirchenhierarchie gibt es Elemente, die diesen neuen Ideen der Volkskräfte argwöhnisch gegenüberstehen mögen. Doch in all diesen Institutionen gibt es fortschrittliche Elemente... Zweifellos sind die

Bedingungen für das Volk günstiger.

**FRAGE:** Wie stehen die Aussichten für ein breites Bündnis fortschrittlicher Gruppierungen?

**H. MORALES:** Dies wird ein anderer Zusammenschluß sein müssen. Anfangs sollte die Stoßkraft von den „cause oriented groups“ (Gruppen, die sich für ein bestimmtes Anliegen einsetzen; d. Red.) ausgehen, die sich wieder zu einer breiten Einheit zusammenschließen.

Diese wird eine Gegenkraft zu den reaktionären Gruppierungen darstellen. Haben sich diese Gruppen erst einmal zusammengeschlossen, kann man das Bündnis meiner Meinung nach ausweiten und fortschrittliche Kräfte aus politischen Parteien und, so hoffe ich, vielleicht auch einige Angehörige der Streitkräfte einbeziehen.

**FRAGE:** Welchen Fragen kann sich die Allianz im einzelnen zuwenden?

**H. MORALES:** Gegenwärtig befinden wir uns in einem Prozeß der Versöhnung. Wir eröffnen Möglichkeiten, um miteinander ins Gespräch zu kommen; gleichzeitig sind wir bestrebt, den vielen Opfern der gestürzten Diktatur Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die meisten Massenorganisationen sind an diesen Bemühungen beteiligt.

Wenn wir uns um diese Ungerechtigkeiten gekümmert haben, sollten wir uns den wirtschaftlichen Fragen zuwenden, denn eine große Anzahl von Menschen leidet unter der Wirtschaftskrise. Wir müssen Arbeitsplätze schaffen.

Das Stützpunkteabkommen zwischen den Philippinen und den USA läuft bald aus, und wir sollten uns darauf vorbereiten.

Während all dies geschieht, sollten wir den Prozeß des Abbaus aller Strukturen des Kriegsrechts fortsetzen; dies muß einhergehen mit der Schaffung neuer Strukturen und Mechanismen. (...)

**FRAGE:** Welches sind die entscheidenden Fragen?

**H. MORALES:** Zunächst eine auf dem Prinzip der Nichtpaktgebundenheit basierende Außenpolitik, insbesondere die Aufhebung aller ungleichen Verträge mit den USA. Zweitens die Wiederherstellung aller demokratischen Rechte, einschließlich der Legalisierung aller politischen Parteien, darunter der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP).

Der dritte Bereich ist die Agrarrevolution, die Zerstörung sämtlicher feudalistischer Strukturen auf dem Land. Und der vierte Bereich ist die nationalistiche Industrialisierung, d.h. unsere exportorientierten, importabhängigen Entwicklungsstrategien zu revidieren und zu versuchen, unseren nationalistischen Geschäftsleuten, insbesondere den kleinen, Aufgaben zu übertragen.

**FRAGE:** Was halten Sie von „Cory“ Aquinos Regierung?

**H. MORALES:** Im Augenblick ist sie noch nicht konsolidiert. Doch wir hoffen natürlich, daß sie mit der Zeit in der Lage sein wird, ihre Führungsrolle zu behaupten.

Dies kann sie jedoch nur, wenn sie weiterhin die Unterstützung des Volkes hat und imstande ist, mit ihm zusammenzuarbeiten. Und während sie ihre Position so festigt, kann sie auf realistischere Art und Weise versuchen, die derzeitigen Möglichkeiten der Regierung auszubauen.

An diesen Punkt entscheiden wir uns im Zweifelsfall zu ihren Gunsten, und wir unterstützen vielversprechende Ansätze unter ihrem Regime, ohne allerdings dabei seine Grenzen zu vergessen. (...)

(Quelle: Philippine News and Features, Manila, Nr. 26/17.3.1986)



# Rainer Werning

## Philippinen - Vietnam - Philippinen

# Aufstandsbekämpfung mit Tradition

„Ein Bataillon Armeepioniere rückte auf ein Stück staatseigenes Land weit eines Barrios in Pampanga (Provinz in Zentralluzon; d. Verf.) vor und rodete das wuchernde Cogon-Gras, das eine Wurzeldecke bildet, in die der Pflug kaum eindringen kann. Sie zogen dann Gräben und entwässerten es; sie bauten Reisfeld-Deiche und erhöhte Wege. Sie schlossen ihre Arbeit ab, indem sie die Häuser der Barrio-(Dorf; d. Red.)-Bewohner schulterten und sie unbeschädigt zu einem neuen Standort in der Nähe der Felder brachten, die den Menschen nach kurzer Arbeitsdauer als Eigentum überschrieben wurden.

Dieses Projekt war teuer. Es war ein Projekt, dessen Nützlichkeit für die Nation nicht zu rechtfertigen war... Als psychologische Operation aber war es ein riesiger Erfolg.“<sup>1</sup>

Wäre dies nicht die „weiche“ Variante der Zerschlagung andauernder Bauernunruhen und der Überreste der vormals starken Antijapanischen Volksbefreiungsarmee (Hukbalahap) gewesen<sup>2</sup>, man hätte das obige Bild als idyllische Beschreibung eines auf Gegenseitigkeit beruhenden Dorflebens werten können.

### Folgenlose Unabhängigkeit

Als am 4. Juli 1946 die philippinische Nationalflagge gehißt wurde, endeten – wie Spötter es nannten – reichlich 300 Jahre im spanischen Konventsmief und knapp ein halbes Jahrhundert im Hollywood-Glanz. In den Präsidentenpalast Malacañang zu Manila zog mit Manuel Roxas ein Mann ein, dessen einst pro-japanische Haltung die USA nicht ungeschickt für ihre eigenen Zwecke zu reklamieren wußten.

Um der Regierung Roxas Wiedergutmachungsgelder für die während des Krieges mit Japan entstandenen Schäden ange-deihen zu lassen, wurden politisch und wirtschaftlich alle erdenkbaren Register gezogen, die in Verbindung mit den gegen die Hukbalahap gerichteten Militäraktionen das nachgerade „klassische“ Modell neokolonialer Herrschaftssicherung bildeten.

Dabei ging es nicht mehr um die mit missionarischem Übereifer praktizierte „Kopf ab“-Politik der Jahrhundertwende.<sup>3</sup> Bedeutsamer wurde ein umfassendes Konzept sozialer, politischer und kultureller „Befriedung“. Im Militärjargon hieß das „Counterinsurgency“, „Aufstandsbekämpfung“.

Die Verabschiedung des militärischen



Alltag unter Marcos: Ihr Sohn wurde von der Armee festgenommen und später tot aufgefunden

Beistandspakts (1946), des Militärbasen-Abkommens (1947) und des 1951 geschlossenen Gemeinsamen Sicherheitsvertrages gestattete Washington, in seinen Militärbasen exterritoriale Rechte auszuüben und federführend die Bekämpfung des inneren „Aufbruchs“ zu organisieren.

Gemeint war zuvorderst die Hukbalahap, die in Zentralluzon eine funktions-tüchtige, von einem Großteil der Bevölkerung getragene Verwaltung errichtet und mittels der über militärische Aspekte hinausgehenden Organisation von Vereinigten Barrio-Verteidigungseinheiten (BUDC) Großgrundbesitz unter Bauern aufgeteilt und/oder exorbitante Ernteabgaben und Wucher drastisch gesenkt hatte.

Seit Ende der 40er Jahre übernahm die Vereinte US-Militärberatungsgruppe (JUSMAG) schrittweise selbst die Re-

organisierung, Ausbildung und Ausrüstung der philippinischen Streitkräfte und straffte das Oberkommando für Armee, Luftwaffe, Marine und Polizei. Zur Ausbildung von Piloten, dem Kauf von Flugzeugen, Munition und Minen-räumgeräten stand der JUSMAG ein Sonderbudget von 169,3 Mio Dollar zur Verfügung. Weitere 19,75 Mio Dollar wurden von Washington als Waffenhilfe bereitgestellt.

Und „die Philippinen stimmten zu, die Masse ihrer militärischen Ausrüstung in den USA zu kaufen und die Erlaubnis der USA für Käufe einzuholen, die anderswo getätigt wurden. Diese Bestimmung gab den USA einen beachtlichen Einfluß auf die Größe und den Charakter der philippinischen Streitkräfte.“<sup>4</sup>

Ab 1950 wurden die „unruhigen Gebiete“ in Militärbezirke und -sektionen unterteilt, in denen man lokalen Amtsträgern quasi Polizeigewalten übertrug. Unter Verteidigungsminister Ramon Mag-saysay<sup>5</sup> erfolgte das Aufsplittern der Regierungstruppen in 26 mobile „Battalion Combat Teams“ (BCT) – ein Resultat der JUSMAG-Planung. Diesen durch Führungsstäbe, Infanteriekompanien und Artilleriebatterien gebildeten Einheiten waren zudem nachrichtendienstliche und Elitetrupps (z.B. die „Scout-Ranger“ und „Scout-Dog“-Verbände) als operative „Greifer“ zugeordnet.

„Neben den militärischen Vernichtungsaktionen (...) leistete die Armeee auch

Militärstreife im Guerilla-Gebiet Mindanao





## Operationsplan Stabilität

Das Rückgrat der Aufruhrbekämpfung in den Philippinen bildet heute **Oplan Katatagan** (Operationsplan Stabilität). Dessen allgemeines Ziel ist es, „Herz und Hirn der Bevölkerung zu gewinnen“. Begonnen im Frühjahr 1983, wurde Oplan Katatagan durch die präsidentiale Anweisung Nr. 2-81 (LOI 2-81) ins Leben gerufen. Dies geschah kraft jener legislativen Vollmachten, die sich Präsident Marcos durch die Verfassungsänderung Nr. 6 eigenmächtig eingeräumt hatte. Informierte Kreise unterscheiden insgesamt vier strategische Phasen im Rahmen der Oplan Katatagan zugeordneten militärischen Feldoperationen: (a) Durch **Clearing Operations** soll die politische Infrastruktur des lokalen Aufruhrs zerstört werden; (b) **Hold Operations** zielen auf die Vernichtung von CPP/NPA-Zellen und die Errichtung eines örtlichen Verteidigungsnetzes, als dessen operativer Arm die **Integrierten Bürgerwehrtrouppen (ICHDF)** fungieren; (c) durch **Consolidation Operations** ist die Bereitstellung wesentlicher ziviler Dienstleistungen beabsichtigt, während (d) unter **Development Operations** die Durchführung langfristiger Gemeindeprogramme verstanden wird, wodurch ein Rückzug der regulären Militäreinheiten vorbereitet werden soll.

Übergriffe werden vertuscht oder geduldet, solange sie zur gewünschten Befriedung oder Neutralisierung einer bestimmten Region beitragen. Oplan Katatagan ist im Kern ein Befriedungsfeldzug, dazu ausersehen, der Eskalation bewaffneter Konflikte einen Riegel vorzuschieben. Opfer dieser Kampagne ist natürlich die Zivilbevölkerung, die am härtesten unter den militärischen Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen zu leiden

Todesschwadronen wie die der Sekte Nene Butak sind ein wichtiges Instrument der Aufstandsbeämpfung



hat. Die beiden ersten Phasen von Oplan Katatagan verdeutlichen dies.

Während der ersten Phase führt das Militär sog. **Zoning Operations** in Dörfern und Gemeinden durch, wobei Häuserblocks umstellt und systematisch durchkämmt werden. Ziel dieser Operationen ist es, potentielle Dissidenten ausfindig zu machen. Häufig geschieht Zoning in wöchentlichen Intervallen, vielfach begleitet von Offiziersbesuchen und Gesprächsrunden zwischen Militärs und lokalen zivilen Regierungsvertretern.

Dies stellt die wohl entscheidendste Phase des Oplan Katatagan dar, da sich das Militär auf Ortsebene einer Doppelstrategie aus Zuckerbrot (psychologischer Einschüchterung) und Peitsche (Waffengewalt) bedient. (...)

Im Zuge von **Clearing Operations** kann es gleichsam zu ständigen oder kurzweiligen Zwangsumsiedlungen von Zivilisten kommen. Dadurch angestrebt wird die Isolierung regierungsfeindlicher Kräfte. Dies geschieht nicht mit den Mitteln der Überredung. Vielmehr werden oftmals ganze Familien unter Drohungen und Belästigungen – bis hin zu Erschießungen – zur Evakuierung gezwungen. (...)

Sind Dörfer und Gemeinden einmal evakuiert, so werden diese Gebiete kurzerhand zu Freifeuerzonen erklärt, in denen Regierungssoldaten wahllos Jagd auf (vermeintlich) feindliche Kräfte machen. Letztere ziehen sich in der Regel rasch zurück und vermeiden es, die Regierungstruppen in offene Kampfhandlungen zu verwickeln. Für die Zivilbevölkerung und Bauern hat diese Situation verheerende Folgen: Felder bleiben unbestellt, Häuser gehen in Flammen auf, Militärtruppen ziehen plündernd durchs Land. Die Bevölkerung findet sich in Gebiete eingepfercht, in denen ihr die Kultivierung ihres Bodens unterhalt verunmöglicht wird. Kurz: Menschen werden häufig über Nacht zu Flüchtlingen degradiert.

**Hold Operations** sollen potentiellen Dissidenten den Boden entziehen. Dies geschieht zumeist durch die Installierung lokaler, die Anwesenheit des Militärs gutheißender Persönlichkeiten bzw. durch die Beseitigung von Personen, die in Verdacht stehen, regimiekritisch eingestellt zu sein und mit den Dissidenten zu sympathisieren. Zahlreiche Opfer staatlichen Mords waren Menschen, denen einfach unterstellt wurde, Kontakte zur NPA unterhalten und Dorfbewohner für Projekte organisiert zu haben, die als regimiekritisch bezeichnet wurden.

**Clearing und Hold Operations** gehen zumeist der Einpflanzung regierungseigener Lebensunterhaltprojekte voraus, die angeblich der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung dienen. Die Regierung hat stets betont, daß durch Oplan Katatagan die Bevölkerung in den Genuß wichtiger Dienstleistungen komme. Dadurch, so ihr Kalkül, könne die Unterstützung der Leute zurückgewonnen und das Problem des Aufruhrs gemeistert werden. Zivile und auf Bürgernähe getrimmte Projekte, die sog. **Civic Action Operations**, werden mit Vorliebe in den von der Regierung gegängelten Medien aufgebauscht.

(Quelle: Aktionsgruppe Philippinen/medico international (Hrsg.), Die gestutzten Flügel der Freiheit. Menschenrechte und Militarisierung in den Philippinen, Münster 1985, S. 7-10)

Pionierarbeit, die den guten Willen der Regierung unterstreichen sollte – Schulen und Krankenhäuser wurden errichtet, neue Landwirtschaftsgebiete erschlossen, Brücken und Wasserleitungen gebaut. Desertierte Guerillas wurden freundlich empfangen und erhielten Land und materielle Unterstützung, denn die Zahl der erwarteten und tatsächlich erfolgten Desertionen war so gering, daß für die Überläufer ohne weiteres Vorsorge getroffen werden konnte.“<sup>6</sup>

Die Kommunistische Partei (PKP), im antijapanischen Partisanenkrieg noch führend, versuchte nunmehr, „sich legal in die philippinische Politik einzuschalten, indem sie eine politische Tarnorganisation, das 'Demokratische Bündnis' (DA)“ gründete, damit jedoch „scheiterte, weil man den gewählten DAMitgliedern ihre Sitze im Kongreß verweigerte.“<sup>7</sup> Tatsächlich war die nach 1946 zwischen den Antipoden Putschismus und (parlamentarischer) Reformismus pendelnde PKP-Politik auch eine Grundlage für den Erfolg des amerikanischen Rekolonialisierungsmodells.

### Im Schatten des Indochinakriegs

„Civic action“, also auf Bürgernähe getrimmte Projekte des Militärs, und erhöhte Feuerkraft durch Bereitstellung amerikanischer Militärhilfen bildeten fortan den Januskopf der US-Kriegführung in Südostasien. Was auf den Philippinen experimentiert worden war, diente Militärstrategen wie General Edward G. Lansdale und Maxwell D. Taylor in Indochina als Vorbild.<sup>8</sup>

Nachdem in der zweiten Hälfte der 60er Jahre die sog. Nachrichtenkoordinierungs- und Auswertungsprogramme (ICEX) des amerikanischen Oberkommandos in Südvietnam in die „Operation Phoenix“ mündeten, gelang es dem gemeinsamen Nachrichten-Militär-Polizei-Programm Saigons (heute Ho-Chi-Minh-Stadt) und Washingtons, einige 84.000 „Vietkong-Infrastrukturen zu neutralisieren“, wobei nach offiziellen Angaben 21.000 Menschen getötet wurden.<sup>9</sup> Das Saigoner Regime behauptete seinerzeit, daß im Rahmen von „Phoenix“ annähernd 41.000 „verdächtige feindliche“ Zivilisten vom Zeitpunkt seiner Einführung im August 1968 bis Mitte 1971 umkamen.<sup>10</sup>

William E. Colby, Leiter des Hilfsprogramms für zivile Operationen und ländliche Entwicklung (CORDS), sowie hochrangige Militärberater räumten bei späteren Hearings vor Untersuchungsausschüssen des US-Kongresses zynisch ein, daß „Feinde (Vietcong) möglicherweise falsch identifiziert wurden.“<sup>11</sup> Systematischer Staatsterror mit einem



abgestuft prämierten „body count“ (Leichenzählerei) als Eckpfeiler war durch „Phoenix“ bittere Wirklichkeit geworden.

Diese Erfahrungen wurden gleichzeitig zur Unterstützung der seit 1966 amtierenden Regierung Marcos nutzbar gemacht, die hernach Amerikas Darling in der Region wurde.

Im Gegensatz zu seinen Vorläufern zeichnete das Marcos-Regime eine Konzentration und Zentralisierung der Staatsmacht aus, worunter vor allem eine Aufwertung der Militärs zu verstehen war.

In Verbindung mit den Polizeistreitkräften des Landes sollten sie die Gewähr für „nationale Sicherheit und Entwicklung“ bieten. Definierte sich Sicherheit durch die Abwehr/Ausschaltung „interner Subversion“, so war Entwicklung gleichbedeutend mit einer Wirtschaftsstrategie exportorientierten Typs samt aller damit einhergehender Anreize für ausländisches Kapital.

Noch bevor Marcos im September 1972 das Kriegsrecht verhängte, war bekannt geworden, daß die amerikanische Behörde für internationale Entwicklung (USAID) und der CIA philippinische Polizisten im Rahmen des Programms für Öffentliche Sicherheit ausgebildet hatten – „für eventuelle paramilitärische Einsätze und zur Aufstandsbekämpfung als Teil eines weltweiten Programms, die Polizei abhängiger Staaten zu militarisieren und zu Söldnern aufzubauen“. <sup>12</sup> Unter der Rubrik „technische Hilfe“ finanzierte die USAID das Büro für Öffentliche Sicherheit (OPS), welches maßgeblich an der „Reorganisation, Finanzierung und Ausbildung des philippinischen Polizeiparates auf den Philippinen wie in den USA (...) beteiligt war“. <sup>13</sup>

Im Dezember 1966 wurde Frank Walton, gerade aus Saigon zurückgekehrt, „Teamsleiter“ von USAID/OPS.

In Vietnam hatte „er für den Ausbau und die Reorganisation der südvietnamesischen Polizeikräfte in großem Stil verantwortlich gezeichnet – ein Eckstein des umfassenden CIA-Plans, die politi-

US-Soldat bei einem Manöver in Luzon



Generalstabschef Ramos (l.) und Verteidigungsminister Enrile, Garanten für eine Aufstandsbekämpfung nach US-Vorstellungen

sche Infrastruktur der NLF (Nationale Befreiungsfront; d. Red.) aufzulösen“. <sup>14</sup> Ihm assistierten US-Angestellte mit Erfahrungen aus Brasilien, den Philippinen und Äthiopien. Hinzu kamen philippinische Geheimdienstoffiziere, die der CIA während der Unterwerfung des Huk-Aufstandes trainiert hatte und die „Experten auf dem Gebiet der Gegenspionage in und um Saigon geworden waren“. <sup>15</sup>

Der im Februar 1967 von der Walton-Gruppe fertiggestellte Bericht führte zur Einbindung des AID/OPS-Programms in der CORDS, <sup>16</sup> dessen philippinische Variante personell mit „alten Hasen“ aus Vietnam bestückt wurde. Mit Thomas Rose und Richard Kriegel traten Männer an dessen Spitze, die zuvor Chef der AID-Verwaltung in Saigon bzw. CORDS-Berater in der Provinz Bin Dinh gewesen waren.

Am 12. Juli 1973 bestätigte der US-Senat schließlich William Sullivan als neuen Botschafter in Manila. Von 1963 bis 1969 war er US-Botschafter in Vientiane (Laos) gewesen, wo er „eine entscheidende Rolle darin gespielt hat, was als die abstoßendste Episode gesetzwidriger Grausamkeit in der amerikanischen Geschichte angesehen werden muß, die Bombardierung von Laos“. <sup>17</sup>

Bei der Organisation und Koordinierung amerikanischer geheimdienstlicher und militärischer Aktivitäten in Südostasien wurden Sullivan bemerkenswerte Fähigkeiten zuerkannt. Nicht ohne Hintergedanken dürfte ihn das State Department, dem er noch immer mit geschätzten Expertisen zur Seite steht, auf den letzten Botschafterposten unter dem Schah-Regime berufen haben. Im Iran war mit Walton zudem ein weiteres bekanntes Gesicht aufgetaucht. <sup>18</sup>

Die auf der Pazifikinsel Guam verkündete Nixon-Doktrin – „Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen“ – markierte seit Beginn der 70er Jahre eine Abkehr vom direkten und massiven Einsatz US-amerikanischen Personals in Regional-

„konflikte“ mit dem Effekt, daß die einheimischen „Ordnungsorgane“ und deren Etats um ein Vielfaches aufgestockt wurden.

Seit der Verhängung des Kriegsrechts (1972) durch Präsident Marcos schwollen sie auf den Philippinen immerhin von 62.000 auf 415.000 Mann an – inklusive paramilitärischer Banden und Sekten. <sup>19</sup> Die Militärgerichtsbarkeit hielt Einzug und selbst wirtschaftliche Planungs- und Infrastrukturmaßnahmen wurden ähnlich wie in Guatemala zunehmend dem Kompetenzbereich des Militärs überantwortet.

Zu Beginn der 80er Jahre rekrutierten sich nahezu 60% aller mit der Regionalentwicklung betrauten Präsidialbeamten (PROD) aus seinen Rängen.

„Nationale Sicherheit und Entwicklung“ wurden brisanter denn je. Mit dem noch immer gültigen „Oplan Katatagan“ (Operationsplan Stabilität) ist deren praktische Umsetzung anvisiert (siehe Kasten). „Hirne und Herzen der Bevölkerung“ sollen durch öffentlichkeitswirksame Aktionen im Samariterstil gewonnen werden, wobei die Vernichtung der Infrastruktur und Logistik der weltweit am schnellsten wachsenden Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) Priorität zukommt.

## Auf dem Weg El Salvadors?

Die von Washington gewünschte politische Stabilität und systematische Anwendung der „counterinsurgency“ wurde jedoch durch die zunehmende Isolierung des Marcos-Regimes und durch die in der obersten Militärclique vorherrschende Vetternwirtschaft, Korruption und Verquickung mit wirtschaftlichen Interessen infragegestellt.

Die durch den Sturz von Marcos erfolgte Machtübernahme einer Regierung, die sich vorerst einer breiten Unterstützung im Volk und im Ausland erfreut und die führende Position des auf Kampfkraft-



In der »atom« berichten wir regelmäßig über folgende Themen:

- \* Aktuelle Berichterstattung zu den einzelnen Standorten von Atomanlagen in der BRD
- \* Grundsätzliche Artikel zur Energiesituation
- \* Zur »Un«sicherheit atomarer Anlagen
- \* Berichte und Einschätzungen zum Widerstand gegen das Atomprogramm
- \* Kontinuierliche Berichterstattung über die Widerstandsschwerpunkte Wackersdorf und Gorleben
- \* Die Kriminalisierung der Bewegungen durch den Staat
- \* Neues aus der unabhängigen Friedensbewegung
- \* Frauenseiten



AtomExpress/atommüllzeitung erscheint alle zwei Monate, kostet 4.- Mark (Doppelnummer 5.-) und sollte unbedingt abonniert werden.

Bestelladressen:  
**Atom Express,**  
**Postfach 1945, 3400 Göttingen**  
 und  
**atommüllzeitung,**  
**Sültenweg 57, 2120 Lüneburg.**

Gegen Einsendung von 4.- Mark (für Doppelnummer 5.-) in Briefmarken schicken wir gerne und prompt ein Probeexemplar zu.

erhöhung und Effizienz der Armee bedachten neulanten Duos Enrile/Ramos haben nunmehr verbesserte Voraussetzungen für eine Eindämmung der Guerilla geschaffen.

Das durch den rechtzeitigen Frontwechsel von Ramos und Enrile gewachsene Ansehen der Armee wird dies erleichtern können. „Uns wurde auf einem Silbertablett Glaubwürdigkeit geschenkt“, erklärte Rodolfo Biazon, Leiter der Philippinischen Militärakademie. „... Es ist jetzt leichter in die Massen einzudringen, was uns vorher kaum möglich war.“<sup>20</sup>

Erste Vorbereitungen in diese Richtung lassen sich bereits ausmachen. Im März d.J. bereiste bereits der Generalstabschef der US-Streitkräfte und ehemalige Chef der Pazifikflotte, Admiral William Crowe, die Inseln. Ihm folgte Anfang April Verteidigungsminister Caspar Weinberger, der lediglich verlauten ließ, man habe über eine Erhöhung der Militärhilfe und die Entsendung von Militärberatern gesprochen.

Bemerkenswert ist außerdem, daß am 2. April d.J. der bisherige philippinische Botschafter in Thailand, Rafael Iletto, zum Stellvertreter von Generalstabschef Ramos ernannt wurde. Vor seinem Amtswechsel führte er intensive Gespräche mit dem thailändischen Generalstabschef Chaovait Yongjaiyuth, dem Architekten des „Amnestieprogramms“, das ab 1980 der thailändischen Guerilla das Rückgrat brach.

Ein Szenario wie im El Salvador Napoleon Duartes liegt jetzt im Bereich des Möglichen. Professionalisierung der Armee, ihre Aufteilung in flexible und mobile Eingreiftruppen, Raumsicherung durch Todesschwadronen („Rock Christ“, „Sigma“ u.ä.) und der mit salvadorianischen Methoden vergleichbare Operationsplan Stabilität deuten darauf hin.

Ob dies verhindert werden kann, wird nicht zuletzt von der weiteren Mobilisierung des Volkes und von der Stärkung der Kräfte in der Regierung abhängen, die nationale Interessen auf ihre Fahnen geschrieben haben. Aufgrund der großen Erwartungen, die im Volk durch die Regierungsübernahme Aquinos geweckt wurden, und angesichts einer einigen und starken revolutionären Volks- und Guerillabewegung scheint dies möglich.

#### Anmerkungen:

- 1) Oberst Napoleon D. Valeriano/Oberstleutnant Charles T.R. Bohannon, Counter-Guerilla Operations – The Philippine Experience, London 1962
- 2) Im März 1950 wurde die Hukbalahap in Volksbefreiungsarmee, HMB, umbenannt.
- 3) Die amerikanische „Befriedung“ kostete um die Jahrhundertwende etwa 1/10 der Filipinos das Leben.
- 4) George E. Taylor, The Philippines and the United States: Problems of Partnership,

New York/London 1966, S. 129

- 5) Magsaysay, Mitte der 50er Jahre Präsident, war ein JUSMAG-Zögling par excellence.
- 6) Jürgen Horlemann, Modelle der kolonialen Konterrevolution – Beschreibung und Dokumente, Frankfurt/M. 1968, S. 101-3
- 7) Justus M. van der Kroef, Communism and Reform in the Philippines, in: Pacific Affairs, Frühjahr 1973, S. 31
- 8) E.G. Lansdale war seinerzeit wichtigster CIA-Verbindungsmann zu Ramon Magsaysay und M.D. Taylor zeitweilig Botschafter in Saigon sowie Chefstrategie der „Counterinsurgency“ unter Kennedy.
- 9) U.S. Assistance Programs, S. 183, zit. nach: Noam Chomsky/Edward S. Herman, Massaker im Namen der Freiheit, Berlin 1975, S. 44
- 10) Ministry of Information, Vietnam 1967-1971, Toward Peace and Prosperity, S. 52, zit. nach: N. Chomsky/E.S. Herman, Massaker..., a.a.O.
- 11) Indochina Resource Center, A Statistical Fact Sheet on the Indochina War, Berkeley (27.9.1972); Michael J. Uhl, U.S. Assistance Programs, 1971, S. 314 und Pacification's Deadly Price, in: Newsweek, New York, 19.6.1972, S. 42-3
- 12) Far Eastern Economic Review (FEER), Hongkong, 5.8.1972, S. 13, zit. bei: J.M. van der Kroef, Communism'..., a.a.O., S. 51
- 13) Geoffrey Arlin, The Organisers, in: FEER, 2.7.1973, S. 16 und Elaine Elinson, U.S. Train Counter-Insurgency Police for the Philippines, in: Pacific News Service, San Francisco 1971
- 14) Ebenda
- 15) Ebenda und N. Chomsky/E.S. Herman, The Washington Connection and Third World Fascism – The Political Economy of Human Rights, Jg. 1, Boston 1979
- 16) Die AID, wie der CIA unmittelbar dem Präsidenten unterstellt, fördert die Investitionsbedingungen für US-Kapital in den Entwicklungsländern u.a. durch den Auf- und Ausbau der Verwaltung und Polizei. Sie koordiniert ihre Aktivitäten mit der Entwicklungshilfe des Pentagon. Zudem übernimmt die AID die Garantie gegen Verstaatlichungen und Verluste infolge von Kriegseinwirkungen. CORDS (Civil Operations and Rural Development Support Program) war „Phoenix“ und deren Vorläufer-Programmen angegliedert. Einer dieser Vorläufer war das „CT“ („Gegenterror“-) Programm, das vom CIA Mitte der 60er Jahre organisiert wurde, um NLF-Kader „auszumerzen“.
- Siehe: Wayne Cooper, Operation Phoenix: A Vietnam Fiasco Seen From Within, in: Washington Post, 8.6.1972 und Rainer Werning, Philippinen – Aspekte der ländlichen Entwicklung und Weltmarktintegration seit 1972, Münster 1984
- 17) Another Senate Test, in The New York Times, 9.7.1973. Es war allerdings G. McMurtrie Godley, Sullivans Nachfolger in Vientiane, der das mörderische Nixon-Kissinger-Programm in die Tat umsetzte.
- 18) G. Arlin, The Organisers..., a.a.O.
- 19) Aktionsgruppe Philippinen/medico international (Hg.), Die gestutzten Flügel der Freiheit – Menschenrechte und Militarisierung in den Philippinen, Münster 1985 und Rainer Werning, Berstender Bambus: Befreiungskampf und Gesundheitswesen auf den Philippinen, hrsg. von medico international, Frankfurt/Main 1986
- 20) Christian Science Monitor, Boston, 18.3. 1986





Subic Bay, größter US-Flottenstützpunkt außerhalb der USA

## Nico Biver Die US-Basen Vorposten für Intervention und Erstschlag

Die große Aufmerksamkeit, die die USA in den letzten Jahren unter dem Eindruck der Krise des Marcos-Regimes den Philippinen widmeten, und ihre maßgebliche Rolle bei der Installation einer bürgerlich-demokratischen Regierung unter Corazon Aquino deuten auf wichtige Interessen hin, die sie hier zu verteidigen haben.

Dabei geht es in Washington nicht nur darum eine revolutionäre Entwicklung zu verhindern, weil sie destabilisierende Auswirkungen auf die gesamte Region haben und US-Investitionen auf den Philippinen in Höhe von schätzungsweise 1,4-3 Mrd Dollar<sup>1</sup> in Frage stellen würde.

### Größte auswärtige Stützpunkte

Die Hauptsorge der USA gilt vor allem ihren dortigen Militärstützpunkten, die größten über die sie außerhalb ihres eigenen Territoriums verfügen.

Sie unterhalten auf den Philippinen insgesamt 23 militärische Einrichtungen mit nach offiziellen Angaben 13.660 US-Soldaten und 37.700 philippinischen Beschäftigten.<sup>2</sup> Die fünf größten Anlagen verfügen zusammen über eine Fläche von 825 qkm.<sup>3</sup>

Die beiden wichtigsten Stützpunkte sind die Clark Air Base, Standort der 13. US-Luftwaffe und die Subic Naval Base, der wichtigste Hafen der 7. US-Flotte. Sie umfaßt 70 Schiffe, 425 Flugzeuge und 50.000 Soldaten. Durchschnittlich sind

12 Schiffe und 9.000 Marines in Subic Bay anwesend.<sup>4</sup>

Ihre Existenz ist durch das 1947 geschlossene Militärbasen-Abkommen, das bis 1991 gilt, abgesichert.

Ihre Bedeutung ergibt sich vor allem aus ihrer Lage im westlichen Pazifik und als Teil eines Stützpunktringes rund um die Sowjetunion. Von hier aus können in 4 Flugstunden sowohl Japan als auch Korea, China und Singapur erreicht werden. „Der Ausgangspunkt jeglicher Diskussion über die strategische Bedeutung der US-Militäranlagen auf den Philippinen“, so der ehemalige Obekommandierende der US-Marine im Pazifik Admiral Robert L.J. Long, „muß in der Prüfung der US-Interessen in der Region Asien-Pazifik liegen. Wie Sie wissen, ist die Region von vitaler wirtschaftlicher Bedeutung für die Vereinigten Staaten. (...) Die US-Streitkräfte auf den Philippinen sind ideal stationiert, um den USA höchstmögliche Flexibilität beim Reagieren auf Krisen in diesem Teil der Welt zu gewähren.“<sup>5</sup>

In der Tat stellen der westliche Pazifik und die Staaten der Vereinigung Südostasiatischer Nationen (ASEAN) die dynamischste Wirtschaftsregion der Welt dar. Der US-Handel mit dieser Region übertraf 1977 erstmals den mit Westeuropa. 30 Mrd Dollar an US-Investitionen gilt es hier zu schützen. Zudem kommt Südostasien im Kalkül Washingtons deshalb eine strategische Bedeutung zu, weil es den Pazifik und den Indischen Ozean mitein-

ander verbindet. Mehr als 50% der Öllieferungen der „freien Welt“ und ein großer Teil des asiatischen Handels passieren die Meerenge von Malakka zwischen beiden Ozeanen.

Die militärische Anwesenheit in dieser Region versucht man in Washington damit zu rechtfertigen, daß die Sowjetunion diese Schifffahrtswege sperren könnte. Nach Meinung von Admiral Long müssen die USA gar sicherstellen, daß die „umfangreiche industrielle und technologische Kapazität (der Wirtschaftspartner in diesem Raum) der freien Welt erhalten bleibt und nicht unter den Einfluß oder die Herrschaft der Sowjetunion oder anderer nicht befreundeter Mächte kommt“.<sup>6</sup>

Daß die Stützpunkte in Wahrheit nicht diesem Zweck dienen, sondern als Sprungbrett für militärische Interventionen, als Zentrum für verdeckte Operationen und zur Aufstandsbekämpfung in der Region benutzt werden, belegen Beispiele aus der Vergangenheit.

So wurden von der Clark Air Base aus 1958 rechtsgerichtete Rebellen gegen die Regierung Sukarno in Indonesien unterstützt. Im gleichen Jahr kreuzten von Subic Bay aus gestartete Kriegsschiffe vor der chinesischen Küste, um China daran zu hindern seine Souveränität über Taiwan und andere Inseln wiederzuerlangen.

Von Clark Air Base aus starteten 1980 US-Einheiten, um die südkoreanische Regierung bei der Niederwerfung des Kwangu-Aufstands zu unterstützen. Sowohl im Korea- als auch im Vietnamkrieg, waren die Basen die wichtigsten Nachschubstützpunkte der Aggressoren.

### Sprungbrett für Interventionen

Zudem befindet sich auf den Stützpunkten das regionale Hauptquartier des CIA und werden Militärs aus den Philippinen und den anderen ASEAN-Staaten ausgebildet, was „vor allem dazu dient, die Fähigkeiten der ASEAN-Staaten zu verbessern mit Aufständen fertig zu werden“.<sup>7</sup>

Dies wird bereits seit Ende der 40er Jahre auf den Philippinen vorexerziert (siehe R. Werning). Dort wird die Armee nicht nur in der Aufstandsbekämpfung ausgebildet, sondern US-Spezialeinheiten leisten auch direkte Unterstützung und stehen im Eventualfall zum massiven Einsatz bereit.

Das Operationsgebiet der auf den Philippinen stationierten US-Streitkräfte beschränkt sich nicht auf den südostasiatischen Raum. Die 7. Flotte patrouilliert in Teilen des Westpazifik, im Südchinesischen Meer und im Indischen Ozean. Die Operationsreichweite der 13. Luftwaffe



erstreckt sich vom Gebiet südlich Taiwans bis zum Raum östlich des Iran und Afrika. So erklärte der Kommandant der Clark Air Base, daß „Flugzeuge vom Typ Phantom 12 Stunden nach ihrem Start hier im Gebiet Ostafrika“ sein könnten.<sup>8</sup> Auch nach dem Ausbau des Stützpunktes Diego Garcia im Indischen Ozean werden militärische Operationen von dort aus weiterhin auf Unterstützung und Nachschub von den Philippinen angewiesen sein. Welcher Art diese Interventionen sein können, belegt die Lagerung von taktischen Atomwaffen, die sich nach Angaben des Washingtoner Zentrums für Verteidigungsinformation (CDI) in den beiden Hauptstützpunkten befinden sollen.<sup>9</sup>

Lediglich die Stationierung strategischer Waffen erfordert die Zustimmung der philippinischen Regierung.

## Elemente für den Erstschatz

Dennoch kommt den Philippinen in der Erstschatzstrategie der USA eine herausragende Rolle zu.

Zum einen haben hier Schiffe der 7. US-Flotte, die mit Cruise Missiles bestückt sind, ebenso Zugang wie auf Guam stationierte strategische Bomber vom Typ B 52. Zum anderen befinden sich auf den Philippinen wichtige Systeme für die Erstschatzstrategie.

In Cubi Point ist ein Geschwader P-3C Orion Flugzeuge stationiert, die zur Aufspürung und Zerstörung von U-Booten mittels Atombomben dienen. Zudem ist es wahrscheinlich, daß in Subic Bay Jagd-U-Boote stationiert sind.

Gemeinsam mit anderen im Ausland stationierten ähnlichen Waffensystemen, ermöglichen sie es, einen Erstschatz gegen sowjetische strategische Atomwaffen-U-Boote (SLBM) zu führen, um damit, bei einem gleichzeitigen Erstschatz

auf sowjetisches Territorium einen Zweitschatz des Gegners zu verhindern. Auf den Philippinen befinden sich ebenfalls Einrichtungen, die im C<sup>3</sup>I-System (Kommando, Kontrolle, Kommunikation und Erkundung) der USA eine wichtige Rolle spielen. Es dient dazu, den Einsatz der strategischen Waffen der USA möglichst effektiv zu gestalten. Hierzu gehören eine Station, die die Daten empfängt, die US-Aufklärungssatelliten über das sowjetische atomare Verteidigungssystem sammeln, eine Station, die sowjetische Satellitenstarts verfolgt und ein Überwachungssystem, das unterirdische Atomtests beobachtet.

Die Basen sind ein Knotenpunkt des globalen strategischen Kommunikationssystems der USA und beherbergen Einrichtungen, die die strategischen U-Boote mit Informationen versorgen.

Die U-Boot-Bekämpfung- und C<sup>3</sup>I-Einrichtungen sind Teil eines Gesamtsystems, das sich von Diego Garcia bis nach Japan erstreckt und die Voraussetzungen für einen atomaren Erstschatz schafft. Aus diesem Grunde werden diese Orte im Falle eines atomaren Schlagabtauschs zu Zielen des Gegners werden. Diese Gefahr ist mit ein Grund dafür, warum sich viele Filipinos für den Abzug der US-Basen einsetzen.

Widerstand kommt nicht nur von den Linksparteien und den Friedensbündnissen Anti-Basen-Koalition (ABC) und Koalition für Atomfreie Philippinen (NFPC), sondern auch aus dem bürgerlichen Lager.

Dazu gehören etwa die ehemaligen Senatoren Lorenzo Tañada und José Diokno (heute Vorsitzender der neugegründeten staatlichen Menschenrechtskommission). Selbst der ermordete Benigno Aquino sprach sich für einen schrittweisen Abzug der Basen aus.<sup>10</sup> Die Witwe und jetzige Präsidentin, Corazon Aquino, will sie bis zum Ablauf des Vertrages

im Jahr 1991 im Land belassen, um dann eine Volksabstimmung über ihren weiteren Verbleib durchzuführen.

Diese Unwägbarkeiten sind Grund genug für Washington, sich Gedanken über die Verlegung der Stützpunkte zu machen. „Es gibt keine vergleichbaren Einrichtungen, die sofort verfügbar sind, um Subic Bay und Clark zu ersetzen“, erklärte General John Vessey, Vorsitzender des Vereinigten Oberkommandos, „aber wir haben alternative Pläne, um uns auf andere Inselstützpunkte zurückzuziehen.“<sup>11</sup>

Der stellvertretende Verteidigungsminister für Angelegenheiten der internationalen Sicherheit, Richard L. Armitage, schlug vor, als Ausweichquartiere Guam, Saipan Tinian (Marianen-Inseln) und Belau in Erwägung zu ziehen.<sup>12</sup> Dies wäre jedoch mit einem Kostenaufwand von 2-8 Mrd Dollar verbunden.

Die Inseln bieten zudem den Nachteil, daß sie strategisch ungünstiger gelegen sind. Und sowohl was die natürlichen Bedingungen als auch was die benötigten Arbeitskräfte angeht, sind dort erhebliche Engpässe vorhanden. So ist z.B. Belau, dem die USA Anfang 1986 die Zustimmung für Militärbasen abgerungen haben, gerade halb so groß wie die Fläche der Stützpunkte auf den Philippinen, und es hat dreimal weniger Einwohner als dort Arbeitskräfte beschäftigt sind.

Diese Schwierigkeiten sind Grund genug, warum die USA alles daran setzen werden, die Räumung ihrer Stützpunkte auf den Philippinen abzuwenden.

## Anmerkungen:

- 1) Angaben nach: KSP, Kilusan, Utrecht, Band 2, Nr. 2-3/1983, S.9
- 2) Vgl. US Information Service, The Bases in the Philippines, Washington 1983, S.9
- 3) M.C. Mangahas, The Bases Issue Strikes at the Very Core of Our Existence, in: Panorama, Manila, 17.4.1983, S.7
- 4) Vgl. ebenda, S.8
- 5) Statement by Admiral Robert J.L. Long USN, Commander-in-Chief, Pacific, before the House Foreign Affairs Subcommittee on Asian and Pacific Affairs on the Philippines, 16. Juni 1983, (mimeo) Washington D.C. 1983, S. 1-20
- 6) Ebenda
- 7) Congressional Research Service, United States Foreign Policy Objectives and Overseas Military Installations, Washington 1979, S.149
- 8) Zit. nach: W. Bello, Springboards for Intervention, Instruments for Nuclear War, in: southeast asia chronicle, Berkeley, Nr. 89/April 1983, S. 3-16, hier: S.9
- 9) Vgl. ebenda, S. 10
- 10) Vgl. Newsweek, New York, 3.10.1983
- 11) South, London, Dezember 1985
- 12) Vgl. Situation in the Philippines and Implications for US-Policy, Statement to the Subcommittee on Asian and Pacific Affairs, House of Representatives, Richard L. Armitage, Assistant Secretary of Defence for International Security Affairs, 4. Oktober 1984 (mimeo), Washington D.C., 1984, S.3

